

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk., durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versammlungsinhalte fallen pro Seite 25 Pf. Geschäftsbriefe werden nicht entgegengenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bodum, Bodum- und Verlag von G. Heilmann & Co., Bodum, Westfalenstr. 28-32. Telefon-Nr.: Bodum 25, Bielefeld 25. Telegramm-Adresse: Wittenberg Bodum.

Vor dem Generalstreik der Bergleute Großbritanniens.

Die Würfel sind gefallen. Mit 445 801 gegen 115 921 Stimmen haben die organisierten britischen Kohlenbergleute beschlossen, in den Generalstreik für einen festen Minimallohn einzutreten. Die statutenmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit für den Generalstreik ist also reichlich vorhanden. Nach der Absprache werden nun am 1. Februar die Belegschaften in Süd-Wales kündigen, da in diesem Bezirk tarifvertraglich die monatliche Kündigungsfrist besteht. In den anderen Bezirken wird die Kündigungsfrist ebenfalls, daß überall am 1. März die Arbeitskontrakte abgelaufen sind.

Nachstehend bringen wir den Bericht unseres britischen Korrespondenten über die Situation. Aus der mitgeteilten Abstimmungsliste geht hervor, daß nur in dem kleinen Bezirk Cleveland die Gegner des Generalstreiks die Majorität erhalten haben. Bemerkenswert ist die hohe Zahl der Gegenstimmen in dem Revier Durham, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß dort noch vor zwei Jahren ein allgemeiner, heftiger, opferreicher Streik wegen der Schichtzeit geführt wurde. Auch im angrenzenden Northumberland streifte man damals wegen der Schichtzeit, dennoch hat sich jetzt die erdrückende Majorität der Northumberlander für den Generalstreik um den Minimallohn ausgesprochen.

Das Abstimmungsergebnis in Durham ist wahrscheinlich auf dringendes Abmahnen der dortigen Führung zurückzuführen. Haben doch auch auf den Generalversammlungen des britischen Bergarbeiterbundes vornehmlich einige der Durhammer Delegierten von der Proklamierung des Generalstreiks abgeraten. Es wäre ungerecht, diesen Delegierten deshalb „Dauheit“ in der Vertretung der Arbeiterinteressen, oder gar „Arbeiterverrat“ vorzumerfen. Die Durhammer haben so oft mannhaften Kampfesmut und bewundernswürdige Opferwilligkeit bewiesen, daß man sie getrost als eine Kerntruppe in der britischen Bergarbeiterarmee ansprechen darf. Wir wünschen, die Bergarbeiter Deutschlands kämpften nur so tapfer wie ihre Kameraden im Revier Durham für ihre Menschenrechte!

Doch angesichts der unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen eines Generalstreiks der britischen Kohlengräber ihre alterproben Vertrauensleute sich alle Mühe geben, noch in letzter Stunde einen Weg zum beiderseits annehmbaren Frieden zu finden, daß muß jeder Mensch begreifen und billigen. Seit ihren Jünglingsjahren stehen unsere Kameraden und Freunde Edwards, Ashton, Abrahams, Burt, Wilson, Stanley, Smilie, Dions u. a. m. inmitten der Bergarbeiterbewegung, seit vielen Jahren an ihrer Spitze, häufig trugen sie unerschrocken die Fahne voraus im Kampfe. Wenn auch das zunehmende Alter manchen dieser verdienten Vorkämpfer bedächtiger gemacht hat, wenn sie der stürmischen Jugend zu bedächtiger erscheinen, so kann ihnen doch keine Vernachlässigung der Arbeiterinteressen vorgeworfen werden. Es ist nur ein Beweis für das hohe Verantwortungsbewußtsein, das den Leitern der „Miners Federation“ innewohnt, wenn sich Edwards, Ashton, Smilie u. a. immer wieder bemühen, auf dem Verhandlungswege eine befriedigende Lösung des Konflikts herbeizuführen. So haben vor den großen Bergarbeiterstreiks in Deutschland 1889, 1905 und 1910 die Vertrauensleute der Belegschaften auch versucht, die Werksbesitzer wenigstens zu einigen Zugeständnissen zu bewegen. Die Versuche scheiterten bekanntlich an der Erklärung der deutschen Werksbesitzer: „Wir verhandeln nicht!“ In England verhalten sich die Werksbesitzer im allgemeinen nicht mehr schroff abweisend, abgesehen von dem einflussreichsten walisischen Bechenherrscher Thomas, der auch jetzt wieder gegen die Arbeiterforderungen scharf macht.

Gelingt es bis zum 1. März nicht, über den Hauptstreikpunkt (Minimallohn) eine Verständigung zu erzielen, wofür jetzt der einsichtige Teil der Werksbesitzer im Verein mit dem Vorstand des Bergarbeiterbundes und wahrscheinlich auch mit Regierungsvertretern arbeiten, dann treten an 700 000 Bergwerksarbeiter in den Ausstand! In wenigen Wochen herrscht dann ein solcher Kohlenmangel, daß trotz der jetzt noch schnell erfolgenden Brennstoffversorgung Hunderttausende andere Industriearbeiter, vielleicht über eine Million, zum Feiern gezwungen sind! Wie weit diese Krisis die britische Volkswirtschaft erschüttern wird, ist unberechenbar. Die Werksbesitzer haben es noch in der Hand, durch annehmbare Zugeständnisse den Ausbruch des Generalstreiks zu verhindern.

Wie sich die Dinge aber auch weiter entwickeln werden, von den britischen Bergleuten können die Bergarbeiter Deutschlands lernen, was geschehen muß, um dem Mann der Arbeit Respekt zu verschaffen! Mit zülfischer Entschlossenheit gehen unsere britischen Kameraden zu Werke. In imponierender Masse haben sie sich verbündet, in imponierender Zahl treten sie vor die Unternehmer hin! Kein Zerstückelungsversuch hat Erfolg, keine gelbe Streikbrecher gewinnt Boden. Ob sich die einzelnen Bundes-

mitglieder bei politischen Wahlen für die liberalen, konservativen oder sozialistischen Kandidaten entschieden, das spielt für die gewerkschaftliche Zusammengehörigkeit keine Rolle. Es wird keiner wegen seiner andersgearteten „Weltanschauung“ zurückgestoßen, ob Schotte, Engländer oder Waliser, alle stehen sie einträchtig zusammen gegen den gemeinamen Gegner, den Kapitalismus. Das allein verbürgt den Erfolg unserer Kameraden in Großbritannien, mag er nun erzielt werden ohne oder durch den Generalstreik.

Vergleut Deutschlands! Wilt hindüber nach England! Unsere dortigen Kameraden kämpfen auch für euch. Denn jede Verbesserung der Bergarbeiterlage in einem Lande wirkt günstig ein auf die Verhältnisse der Bergarbeiter in den anderen Ländern! Man wird versuchen, massenhaft Kohlen aus Deutschland nach England zu verschiffen, um damit unseren Arbeitsbrüder den Sieg zu erschweren! Ihr Sieg ist aber der Sieg der gesamten Bergarbeiterchaft! Darum bitten wir euch im Namen der um einen gerechten Lohn kämpfenden Kameraden, vermeidet wenigstens so lange bis der Friede im britischen Bergbau gesichert ist, alle Uebersichten zur Erhöhung der Kohlenförderung!

Wir wissen, daß leider die hohen Lebensmittelpreise und die deshalb unaufrichtlichen Löhne viele Kameraden nötigen, durch Uebersichten etwas mehr zu verdienen. Der Lohn ist zu knapp, das Brot ist verteuert. Das kann nicht bestritten werden. Aber trotzdem bitten wir die Kameraden, bezeugt den britischen Verursachern eure brüderliche Sympathie!

Weht auch nun mit Eifer in die Agitation für die Stärkung des Verbandes ins Zeug. Mithet die Frauen auf, erklärt den noch Unorganisierten, worauf es jetzt ankommt. Werbet Tausende und Untertaufende neue Mitkämpfer, damit auch die Vergleute Deutschlands endlich einmal sich aus der Gebirgshöhle zur Anerkennung ihrer Menschenrechte emporbringen können.

Unser Korrespondent schreibt uns aus London unterm 18. Januar:

Die Nachricht, daß die Mehrheit der Bergarbeiter im ganzen Lande für den Generalstreik gestimmt habe, ist von den Kohlenhändlern dazu benutzt worden, um die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. Seit dem Anfang der Woche müssen die Konsumenten bis über 3 Schilling (8 Mark) die Tonne mehr bezahlen. Dieser Mehrgewinn fließt natürlich fast ausschließlich in die Taschen der Kohlenhändler, die ihre Kohlen meist zu einem festen Kontraktlich abgemessenen Preise beziehen. Die englische Abnützung ist augenblicklich eifrig dabei, in verschiedenen großen Kohlenlager anzulegen.

Am 15. Januar fand eine Sitzung des südwalisischen Einigungsamts statt, in der die Frage des Minimallohns wieder einmal zur Sprache kam, ohne daß man zu irgend einem Resultate gekommen wäre. Das konnte man sich auch denken; denn zwei Tage vorher hielt der Oberscharfmacher Thomas wieder eine aufreizende Kampfschreie. Die Frage wurde von den Arbeitgeberern aufgerollt, die sich darüber beklagten, daß die Arbeitervertreter den Arbeitern den Rat gegeben hätten, für den Generalstreik zu stimmen. Das sei ein Vertragsbruch; denn, wie die Arbeitgeber schon früher erklärt hätten, könne der Minimallohn nicht in Beratung gezogen werden, solange der 1910 gezeichnete Vertrag bestehe. Die Arbeitervertreter erwiderten, daß der bestehende Vertrag ausdrücklich eine Veränderung der getroffenen Abmachungen zulasse, und bestanden auf ihren Forderungen, nach denen der Minimallohn für die verschiedenen Arbeiterkategorien im südwalisischen Revier zwischen 8 und 6 Schilling betragen soll. Die Unternehmer blieben jedoch bei der Ansicht, daß die Minimallohnfrage nicht diskutiert werden könne. Die Besprechung hatte daher nicht den geringsten Erfolg. Auch in anderen Revieren sind in den letzten Tagen Versuche gemacht worden, zu einer Verständigung zu kommen. Es ist jedoch für keinen Landesteil ein Erfolg zu verzeichnen. Interessant war eine Sitzung, die zwischen einigen Werksbesitzern in Mittellengland und den Arbeitervertretern stattfand. Etwa 30 Prozent der mittelländischen Werksbesitzer gehören dem Arbeitgeberverband nicht an. Es sind dies besonders die Unternehmer, die die neueren großen Gruben ausbeuten. Diese Arbeitgeber scheinen geneigt zu sein, den Minimallohn zuzugestehen. Sie fragten daher in der Sitzung die Arbeitervertreter, ob ihre Gruben vom Streik verschont bleiben würden, wenn sie den Minimallohn gewährten. Man gab ihnen jedoch die Antwort, daß das nicht möglich sei, denn wenn gestreift werde, würde im ganzen Lande die Arbeit ruhen. Bemerkenswert zu diesem Punkte ist eine Rede des Parlamentsmitglieds Sir A. B. Marcham, eines reichen Bergwerksbesitzers, dessen fortschrittlichen sozialpolitischen Anschauungen in der „Bergarbeiter-Zeitung“ schon mehrere Male erwähnt wurden. Er bemerkte, er sei sicher, daß die große Mehrheit für den Generalstreik eher den Frieden als den Krieg bringen werde. Die Bergarbeiter forderten, daß sie für ihre eheliche Arbeit auch einen anständigen Lohn bekommen sollten, daß sie nicht am Ende der Woche ohne ihr eigenes Verschulden mit einem Hungerlohn nach Hause geschickt würden. Diese Forderung sei so gerecht und billig, daß die Schuld an dem großen Elend, das ein Streik mit sich bringen werde, nicht die Bergarbeiter, sondern die Werksbesitzer treffen werde. Er habe Grund zur Annahme, daß die Werksbesitzer in Süd-Westfrie,

Derbyschire, Nottinghamshire und Warwickshire diesem Grundsatze zustimmen würden. Er sehe nicht ein, weshalb in diesen Revieren selbst unter dem Minimallohn die Kohle nicht zu einem Preise produziert werden könne, der je nach der Qualität der Gruben zwischen 6½ und 7 Schilling schwänke. Er sei fest davon überzeugt, daß die beste Politik der Arbeiter die sei, einen Teil in die Unternehmerschaft einzutreiben, um sie zu spalten.

Auf der heute (Donnerstag) abgehaltenen Konferenz der Bergarbeiterföderation wurde das Resultat der Abstimmung über den Generalstreik bekannt gegeben. Es stimmten

für den Streik 445 801

gegen den Streik 115 921

Mehrheit für den Streik 829 850

Die zur Erklärung des Generalstreiks nötige Zweidrittelmehrheit ist somit vorhanden. Gegen den Generalstreik stimmte nur das Revier Cleveland (Eisenbergbau).

Folgendes sind die Ergebnisse der einzelnen Reviere:

	für	gegen
Derbyschire	88 788	10 477
Daneshire und Cheshire	50 417	11 193
Mittelländische Föderation	28 019	6 275
Derbyschire	17 999	8 816
Nottinghamshire	17 088	5 888
Leicestershire	3 081	907
Süd-Derbyschire	2 178	503
North-Wales	3 727	1 666
Cumberland	4 018	819
Derbyschire	1 054	242
Somersetshire	2 378	870
Schottland	60 611	12 035
Süd-Wales	103 628	18 410
Northumberland	22 595	7 657
Durham	57 400	28 605
Cleveland	2 021	5 225
Borel of Dean	1 585	245

Der Vorsitzende der Föderation, Kamerad Edward B. Griffiths, eröffnete die Sitzung mit einer Rede, in der er darauf hinwies, daß die Konferenz die wichtigste sei, die die Föderation je abgehalten. Er sei überzeugt, daß sich die Teilnehmer ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt seien. Er hoffe, daß noch Mittel und Wege gefunden würden, um die Minimallohnfrage ohne einen Kampf zu regeln. J. K.

Aus der Praxis der Sicherheitsmänner.

„Es sollte die ganze Sache (Sicherheitsmänner) meinen Willen nach „weiße Salbe“ sein und es ist auch „weiße Salbe“ geblieben.“
Generaldirektor Hilger in der Palasthotel-Konferenz in Berlin am 6. Januar 1909.

In welcher Weise die Sicherheitsmänner nach dem Rezept Hilgers zur „weißen Salbe“ gemacht werden, welches die Verhandlung über die Klage der Sicherheitsmänner Bidel und Arndt vor dem Reichsgericht am 10. Januar vor dem Landgericht in Dortmund, worüber wir schon in voriger Nummer ausführlich berichteten. Bidel und Arndt waren beschuldigt, über schadhafte Lampen gegangen und sie beschaffen, eine Revision der Lampen vorzunehmen. Das geschah am 17. Oktober 1910, wobei sich herausstellte, daß in der Tat eine ganze Anzahl Lampen schadhafte waren. Wegen angeblicher Ueberschreitung ihrer Befugnisse wurden Bidel und Arndt darauf nach einigen Tagen entlassen, späterhin aber wieder eingestellt, jedoch in ein anderes Revier verlegt, so daß sie ihr Amt als Sicherheitsmänner verloren.

Die Klage der beiden Sicherheitsmänner wegen dieser Verletzung wurde zunächst vom Bergwerksgericht und jetzt auch vom Landgericht Dortmund abgewiesen. Am Landgericht hat Herr Oberbergamt Overtun vom Oberbergamt Dortmund ein Gutachten abgegeben, worin u. a. gesagt war:

„Die vorgefundenen Schäden sind vor der Revision nicht vorhanden gewesen; es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie von den Klägern absichtlich mit einem Druck durch den Daumen herbeigeführt sind. Keine Lampe kann einem solchen Druck widerstehen, selbst wenn sie sich in ordnungsmäßigem Zustande befindet. Aus den ganzen Beschaffenheit der Mängel und den Zeugenaussagen geht vielmehr klar hervor, daß die Schäden absichtlich von den Klägern gemacht sind.“

Wir zweifeln an dem guten Glauben des Herrn Gutachters durchaus nicht. Aber sein Gutachten bewertet die Festigkeit der Lampenkorbe und die Zeugenaussagen völlig unrichtig. Das hat sich bezüglich der Lampenkorbe gleich an Gerichtsstelle gezeigt. Vom Anwalt der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Elias, wurden zwei Lampenkorbe vorgelegt, an denen die Herren vergebens ihre Daumenkräfte veruchteten. Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die Lampenkorbe mit dem Daumen zu beschädigen, obwohl die Herren, welche es versuchten, noch den Vorteil hatten, daß die Korbe kalt waren. Bei der Revision durch die Sicherheitsmänner aber brannten die Lampen und die Korbe waren darum heiß. Dadurch wurde eine Beschädigung derselben noch mehr zur Unmöglichkeit, denn die Leute hätten sich doch beim festen Drücken die Daumen verbrennen müssen.

Auf eben so schwachen Füßen aber steht das Gutachten bezüglich der Bewertung der Zeugenaussagen. Die Aussagen der Belastungszeugen können einer ersten Kritik nicht standhalten; schon die Begleitumstände sprechen dagegen. Direkte Augenzeugen waren nicht zugegen. Dagegen bekundeten eine große Anzahl Zeugen, daß sie schon beschädigte Lampen erhalten hätten. Die Aussagen dieser Zeugen aber scheinen bei dem Gutachter in keiner Weise ins Gewicht zu fallen, sonst hätte er zu einem solchen Gutachten unmöglich kommen können.

Das Gutachten des Herrn Oberbergamt Overtun hat in den Kreisen der Bergarbeiter allgemein Erbarmen und Kopfschütteln hervorgerufen. Das ist erklärlich. Haben doch die Bergarbeiter

glichen Gelegenheit, sich zu überzeugen, daß es unmöglich ist, einen Lampenford, der in Ordnung ist, mit dem Daumen in beagter Weise zu beschädigen; davon haben die Herren sich ja auch an Gerichtsstelle überzeugt. Auch die Bergarbeiter werden sich über die Sachkenntnis der Bergbehörde ein Urteil bilden. Wenn dieses Urteil aber nicht zugunsten der Bergbehörde ausfällt, ist es wirklich nicht unsere Schuld.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Bergbehörde mit den praktischen Erfahrungen der Bergarbeiter berät in Widerspruch setzt. Wir erinnern nur an Vornissa, Naddob usw. Wenn dann das Vertrauen der Bergarbeiter zur Bergbehörde immer mehr schwindet und Mißtrauen Platz greift, soll man uns nicht dafür verantwortlich machen. Wir tun nur, was uns zur Pflicht gemacht ist, wenn wir die Interessen der Bergarbeiter wahrnehmen und dort mit unserer Kritik einlegen, wo es notwendig erscheint.

Die Berkenpresse und besonders die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, sind natürlich mit dem Urteil, welches sich auf dieses Verhalten stützt und die Sicherheitsmänner mit ihrer Lage abweist, sehr zufrieden. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ benutzt die Gelegenheit zu folgendem Ausfall auf die Regierung, weil sie das Sicherheitsmännergesetz geschaffen hat:

Wenn die Regierung früher geglaubt hat, von der Tätigkeit der Sicherheitsmänner im Bergbau eine Verringerung der Beziehungen zwischen Belegschaft und Bergarbeitern erwarten zu können, so hat diese Verhandlung wiederum bewiesen, daß die sozialdemokratischen Sicherheitsmänner das entgegengesetzte Ziel verfolgen.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ irrt sich! Diese Verhandlung hat nur bewiesen, daß es die Grubenherren meistens verstanden haben, nach dem Rezept Silgers aus den Sicherheitsmännern „weiße Salbe“ zu machen. Selbst der Geschäftsführer des Belegschaftsverbandes, Herr v. Loewenstein, hat in der Hauptversammlung des Belegschaftsverbandes am 27. Mai 1911 angegeben, daß die Sicherheitsmänner keine Anzeichen mehr erkräfteten, weil sie sich vor den unangenehmen Folgen fürchteten. Der Herr führte u. a. aus:

Im Anfang ihrer Tätigkeit sind wohl allerdings hier und da Anzeichen über Verstöße gegen bergpolizeiliche Vorschriften erfolgt; das hat aber infolge der unangenehmen Konsequenzen, denen sich die Leute dadurch aussetzen, recht bald aufgehört. Ein Teil der Sicherheitsmänner hat überdies die Befragungen als nutzlos aufgegeben oder beschränkt sich nur auf einmalige Befragung im Monat.

Wegen der unangenehmen Konsequenzen, welchen sich die Sicherheitsmänner aussetzen, magen sie es nicht mehr, Eintragungen zu machen oder Anzeigen zu erstatten. Welcher Art diese Konsequenzen sind, dafür nur ein Beispiel: Ein Sicherheitsmann von Zeche M a t h i a s t i n n e s trug ins Jahrbuch ein, ein Bremsberg sei sehr gefährlich und müsse verbaut werden. Die Folge war, daß er mit dieser Arbeit betraut und ihm ein Lohn in Aussicht gestellt wurde, der um etwa eine Mark pro Schicht niedriger war, wie der Lohn, den er an seiner bisherigen Arbeit verdient hatte. Dieser Sicherheitsmann wird, durch Schaden klug gemacht, so leicht nichts mehr eintragen.

Und wenn die Sicherheitsmänner die Befragungen vielfach eingestellt haben, so liegt das jedenfalls daran, daß sie sich nicht wie ein Hund durch das Revier heben lassen wollen. Wie es gemacht wird, zeigt folgende Anweisung:

Zeche M o s e n b l u m e n d e l l e. — Herrn Steiger Sanft. Ich wollte heute morgen mit Ihrem Sicherheitsmann Mühl fahren, kann aber nicht.

Sagen Sie ihm, wenn er warten wollte, so fahre ich Montag morgen mit, andernfalls fahren Sie mit, aber flüht, damit Sie in zwei Stunden fertig sind.

Der Obersteiger gibt also dem ihm unterstellten Steiger Anweisung, mit dem Sicherheitsmann in zwei Stunden, „a b e r f l ü h t“, durch das Revier zu fahren. Daß bei einer solchen Gehjagd keinerlei Beobachtung gemacht werden können, ist selbstverständlich. Aber das ist ja auch der Zweck dieser Übung.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat bisher auch alles getan, um aus den Sicherheitsmännern „weiße Salbe“ zu machen; die Grubenherren sind ihm daher zu Dank verpflichtet, und die Ausfälle der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ kennzeichnen sich als schändliche Unbilligkeit. So hat der Minister Sy d o w die Refusbescheide des Sicherheitsmannes S. von Zeche R u c h s t a d e, dem der Betriebsführer die Revision der Liebertagsanlagen unterlag, hatte, für unbegründet erklärt. In der abschlägigen Antwort des Ministers hieß es u. a.:

„Nach der Vorchrift des Gesetzes haben die Sicherheitsmänner die Befugnis, ihre Erörterung, in der sie gewählt sind, zweimal im Monat zu besuchen und sie in Bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu untersuchen. Ueber die Steigerabteilung hinaus erstreckt sich also dieses Recht nicht. Demgemäß waren Sie nicht befugt, die Revision der außerhalb Ihrer Steigerabteilung und über Tage belegenen Fördermaschinen, Seilfahreinrichtungen und Wetterlampenbuden vorzunehmen. Der Betriebsführer der Zeche Bruchstraße handelte deshalb auch nicht gegenwärtig, als er Ihnen die Vornahme der Revision dieser Tageseinrichtungen unterlag.“

Zu dieser Entscheidung bemerkten wir damals in der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 30 von 1911):

„Diese Entscheidung verkennt völlig die Aufgaben, welche dem Sicherheitsmann zugedacht sind. Er soll über die Sicherheit des Betriebes wachen, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen. Dieser Aufgabe kann er aber nicht in vollem Umfange gerecht werden, wenn man ihm solche Grenzen setzt. Das widerspricht jeder vernünftigen Logik. Mit demselben Recht könnte man einem Feuerwehrmann sagen, du hast nur über ein bestimmtes Haus zu wachen, es geht dich gar nichts an, wenn die Nachbarhäuser in Flammen aufgehen. Ein Feuerwehrmann würde sich jedenfalls für eine solche Rolle bedanken und sagen: Dann hat meine Tätigkeit überhaupt keinen Sinn, denn wenn die Nachbarhäuser in Flammen aufgehen, werden die Flammen auch übergreifen und mich samt dem Hause, das ich überwachen soll, vernichten.“

Nach dröhnender aber liegen die Verhältnisse im Bergbau. Oder hat sich jemals eine Schlagwetterexplosion auf ein bestimmtes abgegrenztes Steigerrevier beschränkt? Hat sich die Raddolatschtoppe oder die vielen anderen Katastrophen im Bergbau vielleicht auf ein Steigerrevier beschränkt? Das wird wohl selbst ein preußischer Minister nicht behaupten wollen. Durch die Entscheidung des Ministers wird die Kontrolle durch die Sicherheitsmänner ziemlich wertlos. Was kann z. B. nützen, wenn in einem Steigerrevier gute Kontrolle geübt, in anderen die Kontrolle aber vernachlässigt und dadurch eine Schlagwetter- oder Raddolatschtoppe herbeigeführt wird, welche sich über das ganze Grubenbaue ausbreitet und wie auf Naddob, alles vernichtet? Kann der preußische Minister dann die Verantwortung tragen, wenn infolge seiner Entscheidung eine solche Katastrophe herbeigeführt wird? Wenn, das kann er nicht! Darum ist es ein unverantwortliches Beginnen, eine solche Entscheidung zu treffen, durch die der Zweck der Sicherheitsmänner illusorisch gemacht wird.“

Das Sicherheitsmännergesetz wurde bekanntlich aus Anlaß der Raddolatschtoppe geschaffen, um nach den Worten des Ministers, die „Seele der Bergarbeiter“ zu gewinnen. Wenn die Regierung aber die Seele der Bergarbeiter gewinnen will, darf sie derart reaktionäre Wege, wie sie es bisher getan, nicht wandeln. Für „weiße Salbe“ sind die Bergarbeiter nicht zu haben, das hat der Ausfall der Reichstagswahlen in den Bergrevieren gezeigt. Ueberall zeigt sich ein gewaltiges Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Statt hieraus aber die einzig richtige Lehre zu ziehen, daß sich die Bergarbeiter durch Eigenorganisationen nicht täuschen lassen, lobt das Schwarzmarktorgan, „Die Post“ (Nr. 27), wie folgt gegen die Regierung:

Bei Begründung der preussischen Berggesetznovelle, die Arbeiterkontrollen für den Bergbau einführt, hat der jetzige Leiter der Sozialpolitik als Handelsminister die Ueberzeugung ausgedrückt,

mit solchem Gesetze auf den Weg zu kommen, auf dem der Kampf um die „Seele der Arbeiter“ noch nicht ganz erfolglos sei. Wie der Erfolg dieses Kampfes um die Seele des Arbeiters beschaffen ist, zeigt der Ausfall der Reichstagswahlen.

Die „Post“ scheint auf dem Wege zu leben und nicht zu wissen, daß in der bekannten Palasthotel-Konferenz in Berlin am 6. Januar 1909 Herr Oberbergler Dr. W a d l e r ausführte:

„Meine Herren, diese Einführung der Kontrollen wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt, sondern es heißt immer nur: Wagt, es schadet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen für auch Bergwerksbesitzer nur ein Nutzen sein, und die Einführung solcher Kontrollen ist ja gewissermaßen eine Nullstelle, eine Entlastung, für eure Verantwortung.“

Also „Nullstelle“, Sündenbock soll der Sicherheitsmann sein für die Verantwortung der Grubenherren. Und wenn die Bergarbeiter für dieses Danaergeschenk entsprechend quittieren, raufen sich die „Post“ Leute vergeblich die Haare. Wirklich, sonderbare Klänge, die ihresgleichen nicht so leicht finden!

Und doch gibt es noch Leute, die an „Sachverständigen“ mit den „Post“ Leuten wetzeln; sie sitzen in der Redaktionsstube des „Bergknappens“. Als das Sicherheitsmännergesetz im Landtag eingebracht wurde, wechselten sie ihre Gesinnung wie ein schmutziges Seid. Bis dahin hatten sie stets unabhängige Arbeiterkontrollen gefordert, welche von den Arbeitern gewählt und vom Staate besoldet werden sollten. Diese Forderung ließen sie über Nacht fallen zugunsten der Sicherheitsmänner, welche selbst von den Grubenherren als „weiße Salbe“, als „Nullstelle“ für ihre Verantwortung bezeichnet wurden. Diesen plötzlichen Gesinnungswandel begründeten sie durch folgendes hervorragende „Sachverständigenurteil“ in Nr. 9 des „Bergknappens“ vom 27. Februar 1909:

„Wer objektiv und leidenschaftlos das Für und Wider der beiden Arten von Grubenkontrollen überdenkt, der muß, sofern er wirklich den Bergleuten ehrlich helfen will, zu dem Schluß kommen: Wir müßten für die im Arbeitsverhältnis verbleibenden Grubenkontrollen im Sinne der Regierungsvorlage eintreten, weil nur dadurch unter den einmal gegebenen Verhältnissen eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Grubenkontrolle möglich ist.“

Die „weiße Salbe“, die „Nullstelle“ für die Verantwortung der Grubenherren, entspricht also den Wünschen der Bergarbeiter. Das sagen die hervorragenden „Sachverständigen“ des „Bergknappens“, nachdem sie das „Für und Wider“, wie sie es immer tun, objektiv und leidenschaftlos überdacht haben. Daß du die Male ins Gesicht behältst!

Objektiv und leidenschaftlos überdacht sprechen diese „Sachverständigen“ in der letzten Nummer des „Bergknappens“ unserem Kameraden S u e auch das Sachverständigen ab, weil er in seinem Buch „Die Bergarbeiter“, Seite 245, schreibt:

„Die Schacht- und Streckenweiten müssen ziemlich beschränkt gehalten werden sein, wenigstens waren die Fahrten, wie ein im Freiburger Altertumsmuseum aufbewahrtes Exemplar lehrt, nur ungefähr 50 Zentimeter breit.“

Triumphierend stellen die „Sachverständigen“ des „Bergknappens“ fest, daß die Fahrten auch heute durchweg nicht breiter sind. In der Tat, eine Leistung! Nur etwas übersehen die „Bergknappensachverständigen“, nämlich, daß Fahr- und Förderfahrten in der Zeit, welche das Buch behandelt, ein war, was heute nicht der Fall und auch nicht mehr zulässig ist. Wurden aber die Förderfahrten so beschränkt gehalten, so geschah das naturgemäß auch mit den Strecken. Das durften die „Bergknappensachverständigen“ wissen. Wurden doch bis in die neueste Zeit, in sogenannten Rastentrecken, schräge Zedeln benutzt, damit das Nebengeleise nicht nachgegeben zu werden brauchte.

Uebrigens spricht aus den „Sachverständigen“ des „Bergknappens“ nur der Geist des Unvermögens. Das beweist schon ihr „Sachverständigenurteil“ über die Sicherheitsmänner, welches allen Erfahrungen, allen Tatsachen ins Gesicht schlägt. Nach dem Urteil der Grubenherren sind die Sicherheitsmänner „weiße Salbe“, eine „Nullstelle“ für ihre Verantwortung; nach dem objektiv und leidenschaftlos überdachten Urteil der „Bergknappensachverständigen“ aber entspricht diese „weiße Salbe“, diese „Nullstelle“ für die Verantwortung der Grubenherren den Wünschen der Bergarbeiter. Göber gehts Nummer!

Die „Bergknappensachverständigen“ scheinen übrigens das Buch unseres Kameraden S u e mit großer Aufmerksamkeit gelesen zu haben. Wenn ihre hoferrückten Augen aber nur eine so geringe „Ausbeute“ machen konnten, so ist das für das Werk ein plägendes Zeugnis. Unser Kamerad S u e wird das jedenfalls mit Genugtuung quittieren.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Schulzoll und Arbeitslosigkeit.

In der verflochtenen Wahlbewegung ist von den Vertretern des harten Schutzollsystems behauptet worden, nur unseren „Schulzöllen“ hätten wir es zu verdanken, daß es in Deutschland weniger Arbeitslose als im freihändlerischen England gäbe. Dabei wurde häufig verweisen auf die Rede unseres Kameraden S u e auf dem vorjährigen internationalen Exportertragskongress in London. S u e sagte dort, er habe noch in seiner Großstadt so viel halbverhungerte Menschen in den Straßen umherlungern gesehen, als in London, der Hauptstadt des britischen Weltreiches. Der ausgesprochene Feind der hiesigen Rede war, die englischen Arbeiter darauf hinzuweisen, daß die Behauptung der Kriegsehrer drüben und hüben, es gälte um der Wehrung des Volkswohls willen den überseeischen Kolonialbesitz zu vergrößern, nicht zureichend sein könnte, denn gerade in der Hauptstadt des gewaltigen britischen, an überseeischen Kolonien reichsten Weltreiches springe die große Menge der armen Proletarier dem Beobachter förmlich in die Augen. Daß die W.-Glücksbader Zitatensammler diese Rede zu einem allgemeinen Urteil über das „letzte“ Handelsystem umgestalteten, war zu erwarten. Aber mit solchen Umstempelungen fördert man die wichtige Debatte über eine der ersten volkswirtschaftlichen Fragen nicht; man verwirrt nur die Köpfe.

Daß die große Zahl der verarmten Proletarier in London, auch die britische Arbeitslosigkeit kein Beweis für oder gegen den Freihandel ist, geht aus folgender Meldung der durchaus schützollnerischen „Mhein-Westf. Zeitung“ hervor:

„Eine halbe Million Arbeitslose in den Vereinigten Staaten.“

New York, 16. Jan. In den Vereinigten Staaten-frühen gegenwärtig eine halbe Million Arbeitslose ihr Leben. Nicht mitgerechnet sind hierbei die berufsmäßigen Nichtstuer. Abgesehen von der Stahlindustrie und verwandten Industrien blüht kein einziges Gewerbe. Der Handel stockt. Kennen des Geldmarktes verschärfen, daß große Kapitalien unbenutzt bleiben. Diese wenig ausgereichen Verhältnisse werden auf die Ungewissheit der politischen Lage und des künftigen Schicksals der großen Handelsverträge zurückgeführt. Der überaus kalte Winter macht die Folgen bei den Betroffenen umso empfindlicher fühlbar.“

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind bekanntlich mit zum Teil noch höheren Zollmauern gegen das Ausland abgesperrt wie Deutschland! In diesem Lande des Hochschutzes sind also jetzt 500 000 Arbeiter erwerbslos! Der Handel stockt, es blüht kein einziges Gewerbe, abgesehen von der Stahlindustrie und verwandten Gewerben. Das ist besonders interessant. Gerade von den Eisen- und Stahlmännern wird auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Erhaltung und Erhöhung der „Schulzölle“ agitiert. Sinter den Zollmauern hat sich die riesenkapitalistische Trustbildung vollzogen, voran die des Stahltrusts. Sein Gesicht blüht noch, weil er das Land mit hohen Eisen- und Stahlpreisen ausbeuten kann, der „Schulzoll“ schützt und fördert eben die kapitalistischen Trustverbände. Aber sonst herrscht die gewöhnliche Armut, der Handel

stodt, 500 000 Arbeiter haben keinen Verdienst! Trotz des „Schulzolls“, vielleicht sogar gerade wegen des „Schulzolls“, wenn wir die Ursache der riesigen Arbeitslosigkeit genauer betrachten.

Zu allermindest beweist die kritische Lage in Nordamerika, daß in einem Lande mit hohen Schulzöllen sich die Arbeiterkraft keineswegs einer gesünderen Existenz erfreut als in einem Freihandelsland. Während im Hochschutzzoll-Land Nordamerika die Arbeitslosigkeit riesig anschwillt, sehen wir in dem Freihandelsland England das genaue Gegenteil. Die englischen Gewerkschaften berichten über folgende Arbeitslosenziffern:

	Januar	November
1910	6,6 Prozent	4,6 Prozent
1911	5,0 Prozent	2,6 Prozent

Die Ziffern für Dezember 1911 fehlen noch, ein Vergleich ist darum ausgeschlossen. Aber der Stand der Arbeitslosigkeit war Ende 1911 ohne Zweifel bedeutend niedriger wie im Jahre vorher. Die Zahlen genügen schon, um zu erläutern, daß es ein hahnhebendes Unfug oder absichtliche Irreführung ist, zu sagen, der Volkswohlsstand hänge von einem bestimmten Handelsystem ab. Daß auch die höchsten Schulzölle das Arbeiterelend nicht beseitigen können, lehrt uns sehr wieder Nordamerika mit seinen 500 000 Arbeitslosen.

Zahlen beweisen.

Unsere Kolonien kosteten bis jetzt jeden Einwohner des Deutschen Reiches 25 Mark.

Sie brachten ein ? ? ?

Unsere Ausgaben für Meer und Flotte beliefen sich im Jahre 1911 auf 1576 Millionen Mark. Das macht im Durchschnitt auf die fünfköpfige Familie 121 Mark.

Seit 1872 wurden für Meer und Flotte 28 000 Millionen Mark ausgegeben. Die Schuldenlast betrug 1910 5010,6 Millionen Mark; auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 775 Mk. Reichsschulden; das macht im Durchschnitt auf die fünfköpfige Familie 3875 Mark.

Die zur Deckung der Ausgaben hauptsächlich verwandten Zölle und Verbrauchsabgaben haben im letzten Jahr 1488 Millionen Mark eingebracht, von denen freilich 92½ Millionen durch die Anrechnung der Einfuhrzölle, die den Zuckern als Exportprämie für die Ausfuhr von Getreide gegeben werden, verloren gingen.

Diese „indirekten Steuern“, die die Armen nahezu in gleicher Höhe treffen wie die Reichen, belasten die fünfköpfige Familie etwa mit jährlich 114 Mark.

Im Getreidebezugsplan allein hat jede Familie im Durchschnitt jährlich 7,70 Mark zu bezahlen.

Das Brot wird ihr jedoch verteuert (da auch die einkaufenden Getreideproduzenten ihre Preise entsprechend erhöhen) um 77 Mark.

Die Salzsteuer trifft jede Familie mit 5,50 Mark jährlich.

Die Zuckersteuer trifft jede Familie mit 12,50 Mark jährlich.

Die Ertragssteuern treffen jede Familie mit 1,40 Mk. jährlich.

Die gleichfalls in erster Linie für militärische Zwecke eingezogene Reichsschuld betrug am 1. April 1910 pro Kopf der Bevölkerung 77 Mk.

Die Tonne Weizen kostete im ersten Quartal 1911 in Berlin 200 Mark, in London dagegen 142—150, in Antwerpen 140—150, in Odessa 140, in Chicago 145 und in Buenos Aires 141,8 Mark.

Nach den Untersuchungen des Bremer statistischen Amtes sterben in dieser Stadt jährlich von je 10 000 Lebenden bei den Wohlhabenden 73, beim Mittelstand 107 und bei den Armen 108.

Die Säuglingssterblichkeit betrug in derselben Stadt bei den Kindern der Wohlhabenden 6,0 Prozent, bei denen des Mittelstandes 9,1 Prozent und bei den Kindern der Armen 26,8 Prozent.

Von den 19 Millionen in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben versicherungspflichtig beschäftigten Personen erlitten im Jahre 1909: 684 247 Unglücksfälle, darunter 189 070 entschädigungs-pflichtige Unfälle.

Die Zahl der tödlichen Unfälle belief sich auf 9363.

In Preußen hatten im Jahre 1910: 8 190 181 Einwohner, die mit ihren Angehörigen 42,8 Prozent, also fast die Hälfte der Bevölkerung repräsentieren, ein Einkommen von weniger als 900 Mark.

Dagegen hatten 3893 Rentisten ein Einkommen von mehr als 100 000 Mark, darunter 145 ein solches von mehr als 1 Million Mark. Ein kommandierender General erhält bei uns ein Ausgehalt von 19 500 Mark = 52 Mark pro Tag.

Nach der neuen Reichsversicherungsordnung wird künftig die erwerbsunfähige Witwe eines Arbeiters eine tägliche „Rente“ von 20 Pf. für sich und von 7—10 Pf. für jedes Kind erhalten.

Deutschlands Versorgung mit Brotgetreide.

Die „Konjunktur“, Heft 15 von 1912, schreibt: „Während der Bedarf Deutschlands an Brotgetreide, der jährlichen Bevölkerungszunahme um ca. 900 000 Köpfe entsprechend, von Jahr zu Jahr wächst, bleibt die inländische Getreideproduktion ziemlich konstant. Für den Anbau von Brotgetreide kommen ca. 8,1 Millionen Hektar in Betracht, deren Ertragskraft naturgemäß in den einzelnen Jahren variiert. Eine Erweiterung der Produktion von Brotgetreide durch Vergrößerung der Anbaufläche ist schon mit Rücksicht auf die Anpflanzung der übrigen Feldfrüchte erschwert. Auch die Intensität der Bewirtschaftung scheint sich im allgemeinen nur langsam. Infolgedessen muß die Versorgung des Reichs zurzeit durch den Außenhandel erfolgen. Deutschland braucht zur Ernährung seiner Bevölkerung alljährlich 16,5 bis 17,0 Mill. T. Brotgetreide. Davon entfallen ungefähr zwei Drittel auf Roggen und ein Drittel auf Weizen. Die inländische Ernte betrug in den Jahren 1906 bis 1911 in Millionen Tonnen:

	Weizen	Roggen	Insgesamt
1906	2,94	9,62	12,56
1907	2,48	9,76	12,24
1908	3,77	10,74	14,51
1909	3,75	11,25	15,00
1910	3,86	10,51	14,37
1911	4,07	10,87	14,94

Die inländische Weizenenernte reicht nur, um ca. zwei Drittel des Bedarfs zu decken, ein Drittel des erforderlichen Weizens muß alljährlich aus Rußland, Amerika, Australien und den Westindien importiert werden. Von der Roggenproduktion konnte noch ein geringer Teil an das Ausland abgegeben werden. In den Jahren 1907 bis 1911 entfiel auf Deutschland ein- und Ausfuhr von Brotgetreide in Millionen Tonnen wie folgt:

Weizen		Roggen	
Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
2,45	0,10	0,61	0,22
2,09	0,28	0,35	0,59
2,43	0,21	0,27	0,65
2,34	0,28	0,39	0,82

Demnach übersteigt seit dem Jahre 1908 die Roggenausfuhr den Import nicht unerheblich. In den ersten elf Monaten des Jahres 1911 wurden 2,29 Millionen Tonnen exportiert. Der Export von Roggen belief sich auf 0,68 Mill. T., während die Einfuhr 0,59 Mill. T. betrug. Die Gesamtversorgung Deutschlands mit Brotgetreide läßt sich in der Weise berechnen, daß inländische Produktion und Einfuhr addiert werden und hieron die Ausfuhr abgezogen wird. Hiernach kommen in den einzelnen Jahren seit 1907 für die Versorgung des deutschen Marktes in Betracht (in Millionen Tonnen):

	Weizen	Roggen	Insgesamt
1907	5,83	10,37	16,20
1908	5,60	11,07	16,69
1909	5,97	11,82	17,79
1910	5,92	10,90	16,82
1911	6,08	11,46	17,54

Bei der Berechnung der Versorgung für 1911 konnten nur die ein- und Ausfuhrziffern für die Monate Januar bis November berücksichtigt werden. Wenn auch durch Steigerung der Einfuhr und Einschränkung des Exports für einen guten oder schlechten Ausfall der inländischen Ernte bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich geschaffen wurde, so zeigt ein Vergleich der Ernteresultate mit der Versorgung in den einzelnen Jahren, in welcher Höhe die Versorgung des inländischen Marktes von dem Ausfall der Getreideernte in Deutschland selbst abhängig ist.

Vermögensverteilung in Preußen.

Nach einer Mitteilung der „Statistischen Korrespondenz“ betragen im Jahre 1910 die Sparkasseneinlagen in Preußen insgesamt 11 108 Millionen Mark, pro Kopf der preussischen Bevölkerung also 278 Mk. Da unsere Reaktionäre so gern mit den Sparkasseneinlagen, als den angeblichen Spargeldern der nichtbesitzenden Klasse, renommieren, seien den Sparkasseneinlagen einige andere interessante Ziffern gegenübergestellt.

Zur Vermögenssteuer waren in Preußen 1908 veranlagt:

Personen	mit einem Vermögen
8 787 mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 Mark.	15 400 Millionen
17 811 mit einem Jahreseinkommen von 30 500 bis 100 000 Mark	14 070 Millionen

21 598 Personen 29 470 Millionen

Also die 21 598 reichsten Leute

in Preußen besaßen 20 470 Millionen Vermögen,

während auf ca. 12 Millionen Sparkasseneinlagen

aus 11 108 Millionen Einlagen

entfielen!

Eine Handvoll von Millionären besaß also fast dreimal so viel Vermögen, als die vielen Millionen Sparkasseneinlagen zusammen genommen. Dabei kommt noch in Betracht, daß der weitaus größte Teil der Sparkasseneinlagen nicht auf die proletarischen Sparkasseneinlagen, sondern auf die Sparkassen der wohlhabenden Klassen entfiel.

Handwerker und Kleingewerbetreibende erwachen!

Bisher ließen sich die Handwerker und Kleingewerbetreibenden von den Verteuerungspolitikern gern einreden, ihre schlechte Lage sei eine Folge der „hohen Löhne“ der Arbeiter. Nun kommen die Gewerkschaften dahinter, daß die künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch hohe und indirekte Steuern die Ursache ist. Wie die Mittelstandspolitik der bürgerlichen Parteien gewirkt, das veranschaulicht das „Gefühl“ (Nr. 1), Organ des Verbandes Deutscher Kaufleute, G. u. V., durch die Wiedergabe der Berechnung eines Gewerbetreibenden namens Röhl in Bremen. Es kostete 1 Pfund:

	1904	1907	1911	Steigerung in Proz.
Kaffee	1,00	1,00	1,50	50
Stärke	0,80	0,85	0,40	50 1/2
Mingöl	0,60	0,60	0,90	50
Mehl	0,20	0,22	0,22	10
Molken	0,50	0,50	0,90	50
Korinthen	0,40	0,50	0,50	25
Gewürz	0,20	0,20	0,30	50
Schmittkäse	0,60	0,70	0,90	50
Kartoffelmehl	0,20	0,20	0,25	25
Fein-Butter	0,22	0,26	0,34	55
Gries	0,25	0,25	0,30	20
Aprikosen	0,75	1,20	1,00	33 1/2
Zinsen	0,25	0,50	0,40	60
Kaffergewürz	0,16	0,20	0,20	25
Bohnen	0,20	0,25	0,30	50
Wollwolle	0,40	0,50	0,90	50
Gewürz	0,10	0,10	0,20	100
Suppenkraut und frisches Gemüse				200

und mehr!

Das genannte bürgerliche Organ höhnt auch über den Versuch der Verteuerungspolitik, vor der Sozialdemokratie gaulisch zu machen! Es betont ausdrücklich, daß nur die Sozialdemokratie all den schätzlichen, den Mittelstand belastenden Steuern entgegengetreten sei! Also auch die Gewerbetreibenden erwachen!

Soziale Rechtspredigt und Arbeiter-Versicherung.

Segen der ungleichen Wahlkreisverteilung.

Ohne die Ungleichheit der Wahlkreise wären die Konservativen am 12. Januar 1911 einfach gemaßigt worden. Das zeigen folgende Ziffern:

15 konservative Mandate	Ein sozialdemokratisches Mandat
Geleitensbeil-Br.-Eylau	12 148
Magnit-Wiklallen	10 008
Stallupönen	16 135
Ostpreußen	12 180
Wald-Johannsburg	10 325
Deutsch-Krone	5 812
Brandenburg	11 557
Demmin-Altland	8 448
Pyritz-Saigitz	12 458
Saargard-Meggenwalde	11 225
Wreitberg-Stammeln	10 306
Meeritz-Wonitz	11 551
Churau-Mühlau	11 508
Wittich-Wehritz	10 188
Wamslau-Wrieg	8 549

15 Wahlkreise 162 208

So sieht also das gleiche Wahlrecht aus! Auf 162 208 konservative Stimmen entfallen 15 Mandate, auf 162 717 sozialdemokratische Stimmen entfällt nur 1 Mandat. Eine konservative Stimme wiegt also mehr als fünfzehn sozialdemokratische Stimmen auf.

Trotz der Ungleichheit der Wahlkreise, die in der Hauptsache nur den Konservativen und dem Zentrum zugute kommt, haben die Konservativen am 12. Januar nur 27 Mandate erhalten, gegen 41 im Jahre 1907. Beim Schluß des Reichstags hatten die Konservativen noch 80 Mandate. Obwohl sie in 41 Wahlkreisen stehen, werden sie den alten Stand doch nicht wieder erreichen.

Noch größer aber ist der Stimmenverlust. Ueber die Niederlage der Junker schrieb treffend die nationalliberale „Tägliche Rundschau“:

„Wirklischen Stimmenverlust hat vor allem neben der Reichspartei die konservative Partei erlitten, nämlich nicht, wie es scheint, nur etwa 50 000 Stimmen, sondern um soviel mehr als ihr durch das Zentrum ausgeführt wurden, also im ganzen etwa 200 000 Stimmen. Das bedeutet, verglichen mit 1907, für die Konservativen einen Verlust von mindestens einem Viertel aller Stimmen.“

Das ist eine gründliche Abmagerungskur, die zeigt, daß sich die Konservativen in nennenswerter Stärke nur noch halten können durch die Ungleichheit der Wahlkreise.

Krankenversicherung im Jahre 1910.

Die Zahl der Krankenkassen des Deutschen Reiches betrug im Jahre 1910: 23 188 gegen 23 279 im Vorjahre. Die Gesamtzahl der Kassen hat sich also um 91 vermindert. Der Rückgang entfällt mit 57 auf die Gemeindekrankenversicherung, mit 23 auf die Ortskassen, mit 17 auf die Betriebskassen und mit 32 auf die eingeschriebenen und landesrechtlichen Hilfskassen. Die Bau-Krankenkassen haben um eine, die Innungskassen um 17 zugenommen. Für das Eingehen der Kassen war der Gesetzentwurf über die Reichsversicherungsordnung maßgebend, genauer über die Ursachen des Verschwindens der Kassen ist infolge des Fehlens einer obersten Instanz nirgendwo festgestellt.

Die Zahl der Mitglieder sämtlicher Kassen belief sich im Berichtsjahr auf 13 009 375 gegen 12 519 785 im Jahre 1909. Es ist also eine Zunahme von 489 590 Mitgliedern zu verzeichnen. Von 1908 auf 1909 hatte die Zunahme nur 195 991 Versicherte betragen. Die Zahlen von 1910 spiegeln die günstige Konjunktur wieder, die in diesem Jahre einsetzte. Für das Jahr 1911 ist sicher noch eine höhere Mitgliederzunahme zu erwarten. Wie sich die Kassen, die Mitglieder und die

Zunahme der Mitglieder auf die einzelnen Arten der Kassen verteilen, ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

Art der Kassen	Zahl der Kassen	Zahl der Mitglieder	Zunahme + oder -
Gemeindeversicherung	6217	1 871 827	+ 48 285
Ortskassen	4762	8 845 840	+ 841 385
Betriebskassen	7057	8 278 710	+ 114 841
Baukassen	46	16 605	+ 2 628
Innungskassen	818	296 521	+ 12 745
Eingeschr. Hilfskassen	1282	928 608	+ 88 087
Landesrechtl. Hilfskassen	136	88 108	+ 900

Die Zahlen weisen den Mitgliederstand nach dem Jahresdurchschnitt auf. Die meisten Mitglieder haben die Ortskassen, sie umfassen rund 52 Prozent sämtlicher oben angegebener Krankenkassen. Bei der Berechnung der in den Knappschaftskassen versicherten Personen verschiebt sich allerdings dieses Verhältnis; in diesen waren 1909: 884 518 Versicherte. Für 1910 liegen Nachweisungen von diesen Kassen noch nicht vor. Der hohen Mitgliederzahl entsprechen ist bei den Ortskassen auch die Zunahme am höchsten, sie übersteigt die Zunahme sämtlicher anderer Kassen. Auf eine Krankenkasse kamen im Jahresdurchschnitt 583 Mitglieder gegen 587 im Vorjahre. Innerhalb der einzelnen Kassenarten weicht dieser Durchschnitt erheblich voneinander ab. Bei der Gemeindeversicherung kommen auf eine Kasse 208 Versicherte, bei den Ortskassen 1441, also siebenmal mehr, auf die Betriebskassen entfallen im Durchschnitt 411 Versicherte, auf die Bau- und Innungskassen je 302. Auf die eingeschriebenen Hilfskassen kommen 738 und auf die landesrechtlichen Hilfskassen 285 Versicherte. Mit 200 bis 300 Mitgliedern kann eine Kasse nicht besonders leistungsfähig sein; die Aufrechterhaltung in den vielen kleinen Kassen ist ein großer Hemmschuh für den so nötigen Ausbau der Krankenfürsorge.

Der Gesundheitszustand der Versicherten hat sich nach den vorliegenden Zahlen gebessert. Absolut ist zwar eine Steigerung der Erkrankungsfälle und der Krankheitsstage eingetreten, was auf die Zunahme der Mitgliederzahl zurückzuführen ist; relativ ist ein Rückgang der Krankheitsfälle und Tage eingetreten. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit betrug 5 197 080 gegen 5 045 703 im Vorjahre. Die Zahl der Krankheitsstage betrug 104 708 104 gegen 102 308 412 im Vorjahre. Umgerechnet auf ein Mitglied ergibt sich für die Jahre 1908, 1909 und 1910 folgendes. Es kamen auf ein Mitglied:

Kassenarten	Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit			Krankheitsstage		
	1908	1909	1910	1908	1909	1910
Gemeindeversicherung	0,27	0,27	0,28	5,50	5,50	5,33
Ortskrankenkassen	0,43	0,41	0,41	9,03	8,82	8,55
Betriebskrankenkassen	0,49	0,40	0,46	8,07	8,85	8,57
Baukrankenkassen	0,77	0,77	0,80	13,38	14,00	9,17
Innungskrankenkassen	0,41	0,39	0,37	8,22	7,88	7,58
Eingeschränkte Hilfskassen	0,29	0,26	0,37	7,47	7,19	7,19
Landesrechtliche Hilfskassen	0,30	0,29	0,30	6,52	5,59	5,58
alle Kassen zusammen	0,42	0,40	0,40	8,43	8,25	8,01

Um den Gesundheitszustand der Versicherten in dem Rückgang der Krankheitsstage zur Anschauung zu bringen, tritt bei allen Kassenarten in Erscheinung, die Erkrankungsfälle sind nur bei den landesrechtlichen Hilfskassen nicht zurückgegangen. Für sich betrachtet, muß die Zahl der Erkrankungsfälle als hoch bezeichnet werden.

Wenn von je 100 Personen im Laufe des Jahres durchschnittlich 40 erkranken, ist das kein gutes Zeichen und die Krankheitsfälle von 77 Prozent bei den Kassen muß direkt als bedenklich bezeichnet werden. Bei den Mitgliedern der Kassen trägt die Arbeit im Freien bei nassem und kaltem Wetter viel zur Entstehung der Krankheitsfälle bei. Einen großen Einfluß auf die Erkrankungsfälle aller Kassen haben die langen Arbeitszeiten in einer Reihe von Berufen; dumpfige, schlecht ventilierte Arbeitsräume, fehlende Staubabsaugvorrichtungen und fehlende Schutzvorrichtungen an Maschinen und Arbeitsgeräten u. a. m. Auf diesen Gebieten liegt noch sehr viel im Argen.

Die ordentlichen Einnahmen sämtlicher Kassen betragen 379,28 Millionen Mark gegen 351,10 Millionen im Jahre 1909. In der Summe sind alle Einnahmen aus Zinsen, Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zuschüssen, Ersparnissen usw. enthalten. Auf Beiträge und Eintrittsgelder entfallen 357,61 Millionen Mark Einnahmen. Auf ein Mitglied umgerechnet, beträgt die Einnahme im Durchschnitt sämtlicher Kassen 29,02 Mark gegen 28,04 Mark im Vorjahre. Die ordentlichen Ausgaben sämtlicher Kassen betragen 350,54 Millionen Mark gegen 334,56 Millionen Mark im Vorjahre. Die Hauptsumme der Ausgabe entfällt mit 320,02 Millionen Mark auf Krankheitskosten, der Rest verteilt sich auf Ersparnisse, zurückgezahlte Beiträge und auf Verwaltungskosten. Unter den Krankheitskosten nehmen naturgemäß die Krankheitsgebe den ersten Platz ein; die hierfür verausgabte Summe belief sich auf 135,95 Millionen Mark. An zweiter Stelle befinden sich die Arztkosten. Die Ärzte haben es durch ihre Organisation fertig gebracht, in wenigen Jahren ihre Honorare in ganz erheblichem Maße zu steigern. Von den Krankenkassen wurden im Jahre 1910 insgesamt 76,44 Millionen Mark an Ärzten bezahlt. Auf ein Mitglied kommen 6,55 Mark für ärztliche Behandlung. Im Jahre 1909 hatten die Krankenkassen pro Mitglied 5,84 Mark betragen, sie haben sich also in einem Zeitraum von neun Jahren um rund 52 Prozent gesteigert. Gleich hinter den Krankheitsgebe rangieren die Ausgaben für Arznei und sonstige Heilmittel mit 48,21 Millionen Mark. Die chemische Industrie und die Apotheker ziehen aus der Herstellung und dem Verkauf von Arznei- und Heilmitteln ungeheure Gewinne. Im den erprobtesten Vorrichtungen der Verkäufer von Arzneimitteln die Spitze zu bieten, ist ein Teil der Krankenkassen dazu übergegangen, einen Teil der Arznei-, Heilmittel- und Stärkungsmittel in eigene Regie zu übernehmen. Leider steht diesem lebenswerten Beginnen das Gesetz entgegen, das die Herstellung und den Handel mit Arzneimitteln nur in ganz beschränktem Maße, durch nichtkonzessionierte Personen zuläßt.

Für Schwangere- und Wöchnerinnenunterstützung sind von den Krankenkassen im Berichtsjahr 6,43 Millionen Mark verausgabt worden, für Sterbegelder 7,46 Millionen Mark, für Unfallversicherung 45,47 Millionen Mark. Die Ausgaben für Notaufnahmestellen für Kranke betragen 240 702 Mk., die Verwaltungskosten beliefen sich auf 20,43 Mk. Mark.

Wie sich die Aufwendungen auf die einzelnen Kassenarten verteilen, zeigt am besten eine Darstellung der Ausgaben pro Mitglied der einzelnen Kassen. Es verausgaben pro Mitglied für:

Kassenarten	Ärztliche Behandlung	Arznei	Krankengeb.	Schwangere- und Wöchnerinnenunterstützung	Sterbegeld	Unfallverpfl.	Notaufnahmest.	Verwaltungskosten
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Gemeindeversicherung	4,18	2,20	4,06	0,01	0,00	3,15	0,00	—
Ortskassen	5,44	3,69	10,41	0,05	0,55	3,64	0,03	2,37
Betriebskassen	7,88	4,81	13,42	0,59	0,88	3,50	0,02	0,25
Baukassen	7,07	8,34	11,80	0,05	0,48	7,87	0,01	0,39
Innungskassen	5,26	2,96	8,78	0,15	0,48	5,42	0,01	2,74
Eingeschr. Hilfskassen	4,98	2,69	11,70	0,03	0,65	1,96	0,00	2,73
Landesrechtl. Hilfskassen	4,27	3,10	7,67	0,01	1,22	1,73	0,01	1,71

alle Kassen zusammen 5,55 3,69 10,40 0,49 0,67 3,47 0,02 1,66

Für ärztliche Behandlung haben danach die Betriebskassen die höchsten Aufwendungen gemacht, auch für Arznei, Krankengeb. und Sterbegeld ist von den Betriebskassen am meisten aufgewendet worden. Die Verwaltungskosten waren bei den eingeschriebenen Hilfskassen und den Innungskassen am höchsten, die Ortskassen, denen immer nachgesagt wird, sie hätten die größten Verwaltungsausgaben, rangieren mit den Verwaltungskosten auf dritter Stelle. Dafür haben sie die größte Summe für die Fürsorge Gensender, also für eine wirkliche Krankenfürsorge, ausgegeben. Auch für die Schwangere- und Wöchnerinnenunterstützung sind von den Ortskassen erhebliche Summen aufgewendet worden. Die anderen Kassenarten, mit Ausnahme der Betriebskassen, haben diesem wichtigen Zweig der Krankenfürsorge noch nicht die genügende Aufmerksamkeit geschenkt.

Auf dem Gebiet der Vorbeugung von Krankheiten wird von den meisten Kassenarten noch nicht voll erschöpft, was das Gesetz auf diesem Gebiet überhaupt zuläßt. Viele der kleinen Kassen sind finanziell nicht in der Lage, auf diesem Gebiete etwas zu leisten. Dazu bedarf es großer, leistungsfähiger Kassen. Die Hoffnung, daß solche Kassen durch die Reichsversicherungsordnung geschaffen werden, hat sich nicht erfüllt; es wird auch in Zukunft auf diesem Gebiete noch sehr viel liegen bleiben, das bei mehr Wirksamkeit leicht zu machen gewesen wäre.

Witwen- und Waisenversicherung.

Als die Reichsversicherungsordnung durchtrat, war, gab es Leute, die behaupteten, daß vom 1. Januar 1912 ab die inbaliden Witwen die „Königliche Rente“ von 20 Pf. pro Tag erhalten würden. Die armen Witwen, die darauf hoffen, werden aber bitter enttäuscht werden, wenn sie — falls ihnen der Nachweis der Invalidität gelingt — die Rente von der Post abholen, denn die Reichsrente preussische Witwen- und Waisenfürsorge wird nicht einmal diesen horrenden Betrag erreichen. Nach Artikel 59 des Einführungsgesetzes werden die von dem verstorbenen Mann vor dem 31. Dezember 1911 gezahlten Beiträge nicht angerechnet, es werden aber den Witwen 500 Wochen des Grundbeitrages der Lohnklasse I zugute gerechnet. Dieser Grundbeitrag beträgt 12 Pf. pro Woche, also für 500 Wochen 60 Mk. Von diesen 60 Mk. erhält die invalide Witwe als Jahresrente drei Viertel, ein Kind drei Viertel und jedes weitere Kind ein Viertel. Ferner erhält die Witwe einen Zuschuß von 50 Mk. und ein jedes Kind einen von 25 Mk. Die Renten betragen demnach für die invalide Witwe 60 Mk. Zuschuß von 18 Mk. Grundbeitrag der Lohnklasse I, also 68 Mk. im Jahr; für ein Kind 25 Mk. Zuschuß und 9 Mk. Grundbeitrag, also 34 Mk. im Jahr; für jedes weitere Kind 25 Mk. Zuschuß und 1,50 Mk. Grundbeitrag, also 26,50 Mk. im Jahr. Also die Witwe 20 Pf. pro Tag, also 73 Mk. pro Jahr, und für jedes Kind 10 Pf. pro Tag, also 36 Mk. pro Jahr haben, dann müssen nach dem 1. Januar 1912 schon recht viel Waisenbeiträge bezahlt sein. Durch die Beitragszahlung erhöhen sich die Renten in den ersten 500 Wochen für jede Beitragswoche wie folgt:

	Witwenrente	Ein Kind	Jedes weitere Kind
	$\frac{2}{10}$	$\frac{2}{50}$	$\frac{1}{50}$
	des Grundbeitrages	und	Steigerungsbeitrages
Lohnklasse I	0,9 Pf.	0,45 Pf.	$\frac{2}{10}$ Pf.
" II	2,4 "	1,2 "	$\frac{1}{5}$ "
" III	3,9 "	1,8 "	$\frac{1}{10}$ "
" IV	4,8 "	2,4 "	$\frac{1}{5}$ "
" V	6,0 "	3,0 "	$\frac{1}{2}$ "

Weniger eine Witwe 73 Mk. Jahresrente, also 20 Pf. pro Tag, und ein Kind 36,50 Mk., also 10 Pf. pro Tag Rente erlangt, müssen nach dem 1. Januar 1912 folgende Beiträge bezahlt sein:

Lohnklasse	500 Wochenbeiträge	= 10 Jahre und 38 Wochen
I	550	= 4 " " 32 "
II	209	= 2 " " 32 "
III	193	= 2 " " 32 "
IV	165	= 2 " " 32 "
V	83	= 1 " " 31 "

Daß für mehr als ein Kind 10 Pf. pro Tag als Rente bezahlt wird, werden von den jetzt lebenden Kindern wenige erleben. Ein Versicherter der Lohnklasse I mußte 268 Jahre und 11 Wochen jede Woche seine Marke flecken, wenn das zweite Kind Anspruch auf eine Rente von 10 Pf. pro Tag erlangen sollte. Aber auch der Höchstversicherter der Lohnklasse V muß nach dem 1. Januar 1912 57 Jahre und 40 Wochen jede Woche seine Marke im Werte von 48 Pf. gefleckt haben, bevor er für das zweite Kind eine Rente von 10 Pf. für den Tag erlangt. Mit Beiträgen der Lohnklasse II ist das Ziel in 71 Jahren und 8 Wochen zu erreichen. Die Rente von 10 Pf. pro Tag für das zweite Kind ist also ein Ziel und Trug.

Berggesetzgebung und Verwaltung.

Österreichisches Arbeitergesetz.

Unser Österreichisches Bundesorgan „Glück und Zufall“, veröffentlicht das neue Arbeitergesetz, welches folgenden Wortlaut hat:

„Gesetz vom 26. Dezember 1911 (Gefetzgesetz Nr. 237), womit zu dem Gesetze vom 21. Juni 1884, M.G. Nr. 115, abändernde und ergänzende Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern, Frauen und Mädchen beim Bergbau erlassen werden.“

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrates finde ich anzuordnen wie folgt:

Artikel I.

Der § 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1884, M.G. Nr. 115, über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenpersonen, kann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbau nicht außer Kraft gesetzt. An Stelle der in diesem Paragraphen enthaltenen Vorschriften und zur Ergänzung des genannten Gesetzes werden die nachstehenden Bestimmungen erlassen:

§ 1. Beim Bergbau dürfen Kinder, welche das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, als Arbeiter nicht beschäftigt werden.

§ 2. Frauen und Mädchen jedes Alters dürfen nur über Tage, Wöchnerinnen erst nach sechs Wochen nach ihrer Niederkunft zu arbeiten beim Bergbau verwendet werden.

§ 3. Frauen und Mädchen, ohne Unterschied des Alters, dürfen zur Nachtzeit, das ist in den Stunden zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens, beim Bergbau nicht beschäftigt werden. In Betrieben, wo in zwei Tagsschichten gearbeitet wird, darf der Beginn der Nachtruhe für Arbeiterinnen, welche das 18. Lebensjahr überschritten haben, auf 10 Uhr abends festgesetzt werden.

§ 4. Soweit es sich um Arbeiterinnen handelt, ist die Bemessung von Ausnahmen gemäß § 3, Abs. 2, des Gesetzes vom 21. Juni 1884, M.G. Nr. 115, nur für Frauen und Mädchen, welche das 18. Lebensjahr überschritten haben, sowie unter der Bedingung zulässig, daß die Nachtruhe mindestens 11 Stunden dauere. Ebenso dürfen Arbeiterinnen im Sinne des § 3, Abs. 3, des genannten Gesetzes nur für Arbeiterinnen über 18 Jahren, und zwar höchstens für 40 Tage im Jahre sowie unter der Bedingung bewilligt werden, daß die Dauer der Nachtruhe mindestens 10 Stunden beträgt. Der Beginn der Nachtruhe darf in diesem Falle auf 10 Uhr abends festgesetzt werden.

Artikel II.

Die Vorschriften des Artikels I, § 2, dieses Gesetzes treten am Tage der Kundmachung des Gesetzes, jenseit des Artikels I, § 1, des Gesetzes einen Monat nach seiner Kundmachung, und die übrigen Bestimmungen dieses Artikels am 1. Januar 1912 in Kraft. Bei oberirdischen Arbeiten im Bergbaubetriebe, welche infolge klimatischer Verhältnisse wenigstens vier Monate im Jahre eingestellt werden müssen, dürfen Arbeiterinnen, welche das 18. Lebensjahr überschritten haben, in dem übrigen Teile des Kalenderjahres bis zum 31. Dezember 1914 auch zur Nachtzeit beschäftigt werden.

Artikel III.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist kein Minister für öffentliche Arbeiten im Einvernehmen mit dem Minister des Innern betraut.

Wien, am 26. Dezember 1911.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die preussisch-sächsischen Bergwerke, Salinen und Hütten im Etatsjahr 1912.

Dem preussischen Landtage sind die Vorschläge der Einnahmen und Ausgaben der sächsischen Bergwerke, Salinen und Hütten pro 1912 zugegangen. Wir werden, sobald wir die Druckzüge belegen, sie besonders besprechen. Nach der im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Uebersicht wird auf eine ordentliche Gesamteinnahme von 290 078 320 Mark, gegen 284 880 890 Mk. im Vorjahre gerechnet. Dem steht eine dauernde Ausgabe von 267 427 097 Mk. (i. V. 268 545 940 Mk.) gegenüber. Der sich daraus ergebende Betriebsüberschuss von 22 651 223 Mk. (16 248 450 Mk.) wird durch einmalige außerordentliche Ausgaben in Höhe von 16 735 950 Mk. (1 546 000), denen nur 28 000 Mk. (—) außerordentliche Einnahmen gegenüberstehen, auf 5 938 273 Mk. (14 797 450) herabgemindert. Was die einzelnen Einnahmequellen anbelangt, so werden die Einnahmen der Staatswerke an Steinkohle, Koks und anderen Nebenerzeugnissen der Steinkohlenbergwerke auf 220 801 700 Mk. gegen 213 807 320 Mk. veranschlagt. Dazu wird bemerkt, daß nach der „gegenwärtigen“ Marktlage die Verkaufspreise fast durchwegs niedriger als in der für 1911 veranschlagten Höhe angelegt worden seien. Demgegenüber ist allerdings darauf hinzuweisen, daß gerade im Augenblick der Kohlenmarkt ein wesentlich festes Aussehen zeigt als vor Monaten, und daß dieses günstigere Bild auch schon in höheren Preisen seinen Ausdruck gefunden hat und auch darin noch finden wird, daß das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt, charakteristisch für die Gesamtmarktlage, in nächster Zeit, seine Marktpreise für die Zeit vom 1. April 1912 ab zu erhöhen beabsichtigt. Die in den Etat für 1912 eingezeichnete Mehrerinnahme der Kohlenzweige wird von antilider Seite lediglich als die Folge dessen bezeichnet, daß größere Verkaufsmengen von Steinkohle, Koks und sonstigen Produkten wie Teer und Benzol in Aussicht genommen werden konnten. Als solche Verkaufsmengen für 1912: 18 020 900 T. Steinkohle gegen 17 660 250 Tonnen für 1911 angelegt, ferner 1 222 480 T. Koks gegen 857 600

Können für 1911. Die Verkaufsmengen Briffetts werden höher auf 77 000 To. geschätzt, dagegen die von Ammoniumsulfat auf 17 970 To. gegen 11 700 To. für das Vorjahr. Was die Verkaufspreise anbelangt, so wird für 1912 bei Steintohlen mit einem Erlös von 8 Mk. (9,10) pro Tonne bei den oberflächlichen Gruben, mit einem solchen von 10,88 Mk. (11) bei den westfälischen Gruben und einem solchen von 11,50 (11,90) Mk. bei den größten Steintohlengruben des preussischen Reichs, bei den Saargruben, gerechnet. Als Verkaufspreis für oberflächlichen Koks werden unverändert 14 Mk., als solchen für Saargrubener Koks unverändert 17 Mk. und als solchen für westfälischen Koks 15 Mk. gegen 15,50 Mk. pro Tonne im Vorjahre in Vorschlag gestellt. Aus seinen Braunkohlenwerten veranschlagt der Reichs-Rath die Einnahmen auf 1 054 460 Mk. gegen 1 068 450 Mk. im Vorjahre, aus seinen Ertragruben infolge geringerer Ergrubeleistungen bei der Friedrichgrube auf 11 485 600 Mk. gegen 11 604 700 Mk. für das Etatsjahr 1911. Aus seinen Stein- und Erdbetriebchen glaubt er 2 929 900 Mk. gegen 2 948 200 Mk. Vorschlag für 1911 erwarten zu können, aus seinen Bernsteinboxkaminen infolge größerer Verkaufsmengen an Rohbernstein und höherer Preise für Preß-Bernstein 8 684 700 Mk. gegen 8 618 000 Mk. Die Einnahmen seiner Eisenhütten werden auf 6 422 400 Mark (6 788 200 Mk.) taxiert. Das Minus erklärt sich zu einem großen Teil durch den Wegfall der Einnahmen aus der vom Reichs-Rath veräußerten Esslinger Hütte. Bei den Blei- und Silberhütten wird mit einem bedeutenden Ausfall gerechnet, der einmal auf die Einschränkung des Betriebes der Silberhütten in Lautenthal und in Andreasberg zurückgeführt wird, dann aber auch auf geringe Ergrubeleistungen bei der Friedrichshütte. Das Gesamtminus wird auf 4 805 450 Mk. veranschlagt, denn der Etat taxiert die Zehrsessunterschieden in 1912 aus den Blei- und Silberhütten auf 11 608 800 Mk. gegen 15 870 800 Mk. Vorschlag für 1911. Die Erguegnisse der Salzgwerke sollen nach dem Etat infolge eines erwarteten höheren Abfahes an Erguegnissen der Hallalpaubereitung einen Ertrag von 14 811 870 Mk. gegen 13 101 600 Mark Vorschlag in 1911 heffen.

Sinterzeugung im Jahre 1911.

Nach der bekannten Jahresstatistik der Londoner Metallfirma Henry R. Werton & Co. Ltd. ergibt sich für die Zink-Erzeugung der Welt im Jahre 1911 im Vergleich zu den fünf Vorjahren in englischen Tonnen von je 1010 Kg. folgendes Bild:

	1911	1910	1909	1908	1907	1906
Deutschland Osten	153 715	138 040	137 400	137 075	138 080	184 180
Deutschland Westen	92 785	86 120	70 125	75 485	68 840	67 615
Belgien	192 020	189 800	184 470	192 420	192 060	150 080
Holland	22 875	20 045	19 240	18 985	14 755	14 420
Großbritannien	65 800	68 085	58 415	53 615	54 720	51 780
Frankreich u. Spanien	63 210	58 210	55 235	54 040	54 855	52 940
Oesterreich u. Italien	13 705	18 095	12 440	12 180	10 565	10 610
Polen	0 500	8 495	7 820	8 700	9 585	9 460
Europa	613 180	558 550	534 235	522 300	501 960	491 045
Russland	1 000	500	—	1 070	980	1 010
Vereinigte Staaten	263 280	246 680	238 660	189 060	223 265	198 310

Belt-Erzzeugung	877 420	803 730	770 895	710 320	726 205	690 965
Einfuhr in England	115 228	131 117	103 570	50 100	80 825	93 704

Nach dieser Zusammenstellung hat im letzten Jahre die Zins-Erzeugung der Welt so stark zugenommen, daß dadurch selbst die Steigerung der Zins-Erzeugung vom Jahre 1908 auf 1909 in Schatten gestellt wird. Die Zunahme gegen das Vorjahr berechnet sich auf 73 600 £o. oder auf 9,17 Prozent (im Vorjahre 4,07 Prozent), und zwar in Europa eine Steigerung um 55 610 £o. oder 10,17 Proz. (8,9 Prozent) und in den Vereinigten Staaten von Amerika eine solche um 16 990 £o. oder 8,72 Prozent (4,2 Proz.) zu verzeichnen. Auch in Australien hat die Zinsgewinnung gegen das Vorjahr um 100 Prozent zugenommen, aber sie hat damit immer noch nicht die Höhe des Jahres 1908 erreicht. Im übrigen scheinen sich in Australien die Pläne, das Zinsers an Ort und Stelle zu beschützen, nicht so schnell zu verwirklichen, wie man wohl drüben annehmen zu können glaubte; denn die Ausfuhr von Zinsern aus Australien hat noch zugenommen. Bekanntlich geht der größte Teil davon nach Deutschland und die deutsche Einfuhr von australischen Zinsern ist in den ersten elf Monaten 1911 auf 184 228 £o. (i. V. 122 201 £o., 1900: 75 934 und 1908: 55 828 Tonnem) gestiegen. In demselben Zeitraum stellte sich die Einfuhr von Zinsern in Deutschland im ganzen auf 241 467 £o. (i. V. 218 879 Tonnem) und die Ausfuhr auf 44 879 £o. (58 987 £o.), so daß die Verlangung Deutschlands mit ausländischen Zinsern sich auf 196 588 Tonnem (184 885 £o.) berechnet. Aus dieser besseren Verlangung mit ausländischen Zinsern erklärt sich auch, wenigstens teilweise, die größere Erzeugung Deutschlands an Zins, die sich 1911 auf 248 460 £o. (224 160 £o.) beliefert und damit 28,1 Prozent (29 Proz.) der Welt-Erzeugung und 40,18 Proz. (40,1 Proz.) der europäischen Zins erzeugung ausmacht. Damit hat die deutsche Zinsherstellung trotz der sehr stark gestiegenen Weltzerzeugung sowohl gegenüber dieser wie auch gegenüber der europäischen Zinsgewinnung ihre Stellung voll behauptet.

Roheisen-Erzeugung in den Hauptländern der Eisenindustrie.

Wie sich die Hahlfenherftellung in den für die Eigenverforgung der Welt in erfter Linie in Betracht kommenden Ländern während der letzten 20 Jahre entwicfelt hat, zeigt die nachfolgende dem „Iron Age“ entnommene Uebersicht:

Jahr	Ver. Staaten	Deutschland	Großbritannien
1882	4 623 223	3 380 806	8 550 680
1883	4 595 510	3 469 710	8 529 300
1884	4 097 866	3 600 612	7 811 727
1885	4 044 520	3 687 434	7 415 489
1886	5 638 329	3 528 857	7 009 754
1887	5 417 148	4 023 953	7 559 518
1888	6 459 738	4 337 121	7 998 969
1889	7 603 642	4 524 558	8 322 824
1890	9 202 703	4 658 450	7 904 214
1891	8 279 870	4 641 217	7 406 064
1892	9 157 000	4 937 461	6 709 255
1893	7 124 562	4 986 002	6 976 990
1894	6 657 355	5 380 029	7 427 842
1895	9 445 308	5 464 501	7 703 450
1896	8 623 127	6 372 575	8 659 681
1897	9 652 690	6 881 486	8 796 465
1898	11 775 934	7 812 766	8 609 719
1899	13 620 703	8 143 133	9 421 435
1900	13 769 242	8 520 540	9 959 691
1901	15 578 854	7 880 087	7 928 647
1902	17 521 307	8 529 900	8 679 535
1903	19 000 252	10 617 901	8 935 053
1904	16 497 032	10 058 273	8 693 630
1905	22 902 360	10 575 061	9 608 036
1906	25 307 181	12 292 819	10 109 453
1907	25 751 561	12 575 153	9 923 856
1908	15 886 016	11 613 511	9 056 851
1909	25 765 471	12 917 653	9 531 937
1910	27 302 557	14 792 325	10 216 745
1911 (gesch.)	22 750 000	15 534 223	10 250 000

Interessant ist daran das immer noch zunehmende Zurückbleiben Englands hinter den Vereinigten Staaten und vor allem hinter Deutschland. Im Jahre 1882 war die englische Kasseienerzeugung noch größer als die amerikanische und deutsch zusammengekommen. Im Jahre 1897 hatte Amerika schon England überholt, vom Jahre 1902 an war die erste Kasseienerzeugung der englischen voraus und hat seitdem stetig Fortschritte gemacht, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo die Erzeugung zwar auch zunahm, aber unter starken Schwankungen.

160 Millionen Mark! Kaskabach!

In der Aufsichtsratsitzung des Kali-Syndikats gab die Verwaltung bekannt: Der Absatz der Syndikatwerke war im Dezember 1911 etwa 2,8 Millionen Mark höher, als im gleichen Monat des Vorjahres, so daß das Gesamtplus des Jahres 1911 etwa 24 bis 25 Mill. M. beträgt. Der Gesamtabsatz der dem Syndikat angehörenden Werke belief sich im Jahre 1911 auf etwa 143 Mill. M. Nimmt man den außerSyndikalisierten Absatz der Kaliwerke Hagerleben und Soliheld mit 12 bis 15 Mill. M. an, so ergibt sich ein Absatz der deutschen Kali-Industrie für das Jahr 1911 von etwa 160 bis 163 Mill. M. Ueber die Absatzentwicklung im neuen Jahre wurden folgende Mitteilungen gemacht: Das neue Jahr hat sehr günstig im Absatze eingesetzt, so daß im Januar mit einem Mehr gegen den gleichen Monat des Vorjahres ge-

rechnen werden darf. Da aber inzwischen die Kalliwerte überschrieben und Gossfeld dem Kall-Syndikat als Gesellschafter beigetreten sind und der außerordentliche Absatz dieser Werte, wie oben erwähnt, im Vorjahre circa 12 bis 15 Mill. Mk. auf Grund der Syndikatspreise geschätzt werden muß, so fängt für das Syndikat im Jahre 1912 erst dann ein merklicher Mehrabsatz an, wenn der vorjährige Absatz um 1,2 Mill. Mark im Durchschnittsmonatlich überschritten wird. Die im ganzen Deutschen Reich eingezeichneten Schneefälle und der starke Frost beeinträchtigen seit dem 10. Januar das Geschäft sehr wesentlich, da diese Witterung ein Ausreifen von Düngemitteln ausschließt. Es kommt hinzu, daß die Verladungen auf der Elbe, die infolge des günstigen Wasserstandes Mitte Dezember wieder stark aufgenommen wurden, des Wiles wegen vollständig eingestillt werden mußten.

Fluß den Unternehmerverbänden.

„Lohnarbeiter“ oder „Gutgeltdarbeiter.“

In der Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Unternehmerverbände am 9. Dezember 1911 im Hotel Adlon in Berlin, worüber wir schon in Nr. 2 der „Vergarbeiter-Zeitung“ berichteten, befahte man sich auch mit einer Sachungsänderung. Die gewerkschaftliche Einordnung der Angestelltenbewegung im letzten Jahre, wie sie durch den Bund der technisch-industriellen Beamten und den Bund der kaufmännischen Angestellten hervorgerufen worden ist, veranlaßte nämlich die Herren, ihr Programm dahin zu erweitern, daß der Bund der Hauptstelle, der sich bisher (formell) auf den Kampf nur gegen die Arbeitergewerkschaften beschränkte, auch auf den Kampf gegen die Angestelltengewerkschaften ausgedehnt wurde. Bei dieser Veränderung wurde nun nach einem passenden Ausdruck gesucht, durch den man beide Kategorien von Arbeitnehmern gleichmäßig umfassen könnte. Hierbei miedelte sich auch der unermüdliche Dr. Alexander Tille zum Worte, der sich bekanntlich seit jeher große Verdienste um die Verbesserung der deutschen Sprache erworben hat, indem er unermüdlich neue beschimpfende Namen für die Arbeitnehmer erfindet. Es sei nur auf einige frühere Witten, wie „Löhnlinge“, „Lorrschaulenzer“, „Klassenkampfsprezler“, „niedrige Angestellte“ usw. usw. aufmerksam gemacht. Auch diesmal hat Herr Tille wieder den deutschen Sprachschatz bereichert durch Ausführungen, die er für so erheblich hält, daß er sie wortgetreu in seiner „Süddeutschen Wirtschaftszeitung“ abdruckt. Hier sind sie:

„Es ist bereits darauf hingewiesen, daß der Begriff der Lohnarbeiter gegen deren Klassenkampfbewegung sich heute die Hauptstelle einigst richtet, auf die Angestelltem ausgedehnt werden soll, und es ist aus diesem Grunde vorgeschlagen, für das Wort „Arbeiter“ das Wort „Arbeitnehmer“ einzufügen. Nun, das Wort „Arbeitnehmer“ findet sich bereits leider sehr oft in diesen Satzungen und das ist einer der Punkte, wo wohl eine redaktionelle Verringerung wünschenswert wäre. Das Wort „Arbeitnehmer“ ist nämlich eine der verhassten Erfindungen des deutschen Klassenmoralkismus, der versucht hat, dadurch den Anschein einer Parität zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter zu konstruieren. Man hat sich lange bemüht, einen und Lohnarbeiter zu konstruieren. Man hat sich lange bemüht, einen Unterschied zu finden, wie man wohl den Anschein erwecken könnte, als ob von den beiden nicht der eine dem anderen im Vertriebe bürokratisch untergeordnet wäre, sondern als ob die beiden sich im Vertriebe paritätisch gegenüberständen, wie z. B. zwei gleichberechtigte Teilhaber einer G. m. b. H., und hat schließlich das Mittel gefunden, daß man die einen „Arbeitgeber“ und die anderen „Arbeitnehmer“ nannte. Man hat zwar nicht auch statt „Gläubiger“ und „Schuldner“, „Geßgeber“ und „Geßnehmer“ gesagt; das würde gewiß ja auch häßlicher klingen, aber dort hat man sich darauf berufen, und leider hat die Insubstanz diese Ausdrücke übernommen und in ihren eigenen Kundgebungen weiter getragen. So steht auch in unseren Satzungen drin: „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Das sollte aber nicht darin stehen, sondern es sollte heißen: „Unternehmer“ und „Lohnarbeiter“. Wenn sie nun die alten Zwecke der Hauptstelle auf den neu vorgeschlagenen Begriff des Objekts der Hauptstelle ausdehnen wollen, über die Handarbeiter hinaus auf alle Geßarbeiter der Getragwirtschaft, so gibt es auch dafür einen von der Wissenschaft bereits anerkannten guten deutschen Ausdruck, nämlich „Entgeltarbeiter“. Der umfaßt den Begriff Geßarbeiter wie auch Handarbeiter. Es ist nicht meine Absicht, Ihnen heute, wo schon geßmal das Wort „Arbeitnehmer“ in den Satzungen steht, vorzuschlagen, das Wort „Entgeltarbeiter“ einzufügen. Aber bei einer künftigen redaktionellen Verringerung wird es wünschenswert sein, darauf Müßigkeit zu nehmen, daß diese Klassenmoralische Bezeichnung ausgemergelt wird.“

Plus der deutschen Arbeiterbewegung.

Siegreiche Beendigung der Tabakarbeiteraussperrung.

Der große Kampf, der die Tabakarbeiter Deutschlands ein Vierteljahr lang in Spannung hielt und dessen Verlauf auch sonst in der gesamten deutschen Arbeiterschaft lebhaftes Interesse verursachte, hat nunmehr mit dem Siege der Tabakarbeiter sein Ende gefunden. Um den Erfolg zu würdigen, muß man sich einmal kurz den Gang des Kampfes vergegenwärtigen. Bei einer Firma in Moskau und bei weniger Firmen wurden, nachdem bereits eine Anzahl Firmen in Weisfalen und Lippe Lohnzulagen gemacht hatten, Forderungen gestellt; dieselben wurden von den Unternehmern abgelehnt. Darauf traten die Arbeiter dieser Firmen in den Streik. Nun beschloß am 25. November 1911 der Weisfälische Zigarrenfabrikanten-Verband, die sämtlichen organisierten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen auszusperren, falls nicht bis zum 28. November 1911 in den betroffenen Betrieben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen worden sei, bezw. die Kündigungen zurückgezogen werden würden. Diese Maßregel wurde ausdrücklich damit begründet, daß die Lohnforderungen nicht erfüllt werden könnten und deshalb der Fabrikantenverband seinen Mitgliedern zu Hilfe kommen mußte. Unzufrieden wurde der Geschäftsführer des Weisfälischen Zigarrenfabrikanten-Bandes in den Vereinigten Tabakzeitungen, -indem er schrieb: „Der Kampf gegen die Organisationen der Tabakarbeiter.“ Als die Aussperrung der weisfälisch-lippischen Arbeiter Tatsache geworden war, beantworteten die Hamburger und Bremer Tabakarbeiter diese, soweit sie bei Firmen beschäftigt waren, die in Weisfalen ausgesperrt hatten, mit dem Symphoniezeichen. Nun legten sich auch die Fabrikantenvereine der genannten Orte ins Mittel und sperrten aus Solidarität mit ihren in Weisfalen probuzierenden Mitgliedern ihre Tabakarbeiter aus, so daß schließlich etwa 13 500 Mann am Kampf beteiligt waren. Aber der Streik der Fabrikanten ist gründlich vorbeigegangen.

Die verschiedenartig bekanntgegeben, schwebten seit mehreren Wochen Verhandlungen unter der Leitung des Landrats Cornelissen in Wintholz bezw. der Oberbürgermeister Holand in Lemgo. Letzteren Weiden gelang eine Vermittlung zwischen den ursprünglich Streikenden und ihren Firmen nicht, und es drohte das Scheitern der Verhandlungen. Sollte aber der Frieden zustande kommen, mußten den Arbeitern der betroffenen Firmen erst befriedigende Lohnserhöhungen gewährt werden. Und die Firmen bequämen sich denn schließlich dazu. Auf 108 Sorten erhielten die Zigarrenmacher Lohnzulagen von 25 Pf. bis zu 1 Mt. pro Tausend, verschiedene andere, die Arbeit erleichternde Zugeständnisse wurden gemacht und auch die Sortierer erhielten Zulagen bis zu 40 Pf. pro Tausend. Die Arbeiter dieser Firmen erklärten nach diesen Zugeständnissen den Streik für aufgehoben und damit war die Wahn frei zum allgemeinen Frieden. Am 8. Januar beschlossen dann die Fabrikanten, am 9. die „Christen“ und am 10. die beiden freigewerkschaftlichen Verbände, auf folgender Grundlage den Kampf zu beenden:

1. Sobald die Arbeiterorganisationen die schwebenden Streiks einschließlich der Sympathiestreiks für beendet erklären, heben gleichzeitig der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband und die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände die Aussperrung auf.
2. Die betroffenen Firmen halten die bisherigen Zugeständnisse aufrecht und werden sie lokal erfüllen.
3. Nach Beendigung der Aussperrung und nach Wiederaufnahme der Arbeit wird der Westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband seinen Mitgliedern empfehlen, freiwillig in den einzelnen Betrieben seines Bezirks in eine Herbeirückung der Löhne zu Anfang des kommenden Frühjahrs einzutreten.

4. Nach Beendigung des Streiks und nach Aufhebung der Aussperrungen werden Maßregelungen nicht beabsichtigt. Bis zum 1. Mai 1912 sollen die Fabrikanten keine fremden Arbeiter in einem ihrer Betriebe einstellen, bevor die im Streik oder in Aussperrung gewesenen Arbeiter dieses Betriebes wieder eingestellt sind, soweit diese nicht inzwischen anderweitig Arbeit gefunden haben.

5. Die Fabrikanten sichern den Arbeitlern, die von ihnen nicht wieder eingestellt worden sind, volle Freizügigkeit zu.

8. Der Weisfällische Bigarrenfabrikanten-Verband ist von den Hamburger, Bremer und Burgdamer Vereinen ermächtigt, deren Zusage zum 1., 4. und 5. Punkt zu erklären."

Außerdem werden bei sechs anderen, zum Teil sehr großen Firmen, bei denen vor der Ausperrung Forderungen gestellt waren, es jedoch noch nicht zur Gründung oder zum Streik gekommen war, diese Differenzen mit den Arbeitern geregelt.

Es ist ein prächtiges Ergebnis, das die Tabakarbeiter in dem langen, heißen Kampf errungen haben. Man wollte die Organisation vernichten und hat sich von der Unmöglichkeit überzeugen und diese Lehre noch mit furchtbaren wirtschaftlichen Verlusten bezahlen müssen. Man sagte, Rohznuglagen nicht gewähren zu können und die bestreikten Firmen haben sie doch machen müssen; und zwar wesentlich höher, als sie sie bei den verschiedenen Verhandlungen vorschlugen. Und mehr als das: nach Ziffer 3 der Friedensbedingungen sind die Fabrikanten verpflichtet, zum Frühjahr in allen Betrieben in eine Neubildung der Röhne einzutreten; und wenn zunächst das Resultat davon nicht feststeht, so hat man doch schon jetzt Lohnserhöhungen grumbstlich zu-gegeben. Also, was ist nun das Fazit? Die Fabrikanten konnten ihre Position nicht halten und haben schließlich eingesehen, daß sie daneben stehen haben; so mußten sie sich denn in dieser Situation zu Zugeständnissen herbeilassen, die man erst weit von sich wies und die man durch die Ausführung von 200 Schmeimenden suchte.

Die Aufnahme der Arbeit ist, soweit technische Schwierigkeiten nicht im Wege standen, allgemein am 15. Januar erfolgt. Im letzten Augenblick sind die „christlich“ Organisierten noch davongelaufen. In-
soweit sie aus der Keunertkommission austraten und haben, ohne die Entscheidung der Prelorganisationen abzuwarten, die Einzelhaftigkeit ge-
wahrt, um ihre Mitglieder in die Betriebe hineinzubringen.

Awar hat der Kampf 18 Wochen lang gedauert, die Vlothoer und Remgoer waren gar 16 Wochen im Kampf, aber es war auch nötig, den Unternehmern der Tabakindustrie einmal zu zeigen, daß auch die Armen, furchtbar ausgebeuteten Tabakarbeiter nicht mit sich spazieren lassen, und daß ihre Organisation ein Feld ist, an dem noch manches Schärfmacherstück geschehen wird.

Arbeiterrecht, Beilage des „Korrespondenzblattes“.

Unter diesem Titel gibt die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands ein neues Organ als Beilage des „Correspondenzblattes“ heraus, dessen exite Nummer der Nr. 2 des „Correspondenzblattes“ beizugeben ist. Das Verbitrnis nach einem solchen Organ wurde schon seit Jahren in den Kreisen der Arbeitersekretdre und Ausstunftsvertetelenden der Gewerkschaften sowie der Arbeitervertetretet in der Arbeitervertetretung und in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sehr lebhaft empfunden. Der Wunsch nach der Schaffung eines neuen selbststtndigen Organs, das die Praxis des Arbeiterrechts auf allen Gebieten erklutert, die wichtigsten Urteile und Urteilsgrttnde registriert und einer sozialen Rechtsauffassung die Wege ebnet, konnte indes seither nicht berriedigt werden. weil der Inhalt eines solchen Blattes auch ftr die Gewerkschaftsvertetretet von hohem Interesse war und der Abnehmerkreis desselben sich daher im weitestlichen mit dem des „Correspondenzblattes“ bedeckt haben wttrde. Es wurde deshalb versucht, durch das „Correspondenzblatt“ selbst, solange es mit seinen allgemeinen Aufgaben zu vereinbaren war, auch den speziellen Verbitrnissen der Arbeitersekretdre und der in der Praxis des Arbeiterrechts tttigen Arbeitervertetretet gerecht zu werden, bis schltlich das enorme Anwachsen des Stoffes eine Erweiterung unumgltnglich notwendig machte. So entschlss sich die Generalcommission, zugleich einem Wunsche der zweiten Konferenz der Arbeitersekretdre 1811 zu Dresden entsprechtend, zu der Herausgabe einer „Arbeiterrechtsbeilage“, die zugleich monatlich einmal im Umfange von 8 Seiten, spater nach Bedarf in grttterem Umfange, erscheinen soll.

In dem neuen Watt sollen die Gebiete der Arbeiter-, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, des Erbschafts-, des Strafrechts und des Zivil- und Erbsprachbeweises, obwohl durch Genossen, die in der Praxis des Arbeiterrechts tätig sind, als auch durch sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die „Arbeiterrechtsbeilage“ soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrechts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im „Korrespondenzblatt“ selbst bearbeitet werden.

Die „Arbeiterrechtsbeilage“ Nr. 1 bringt außer einem Einführungsartikeln ein Werk von Rechtsanwalt Dr. G. Singheimer (Frankfurt a. M.) über „Tarifvertragspflichten“, eine Information über die neuen Vorschriften der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, eine übersichtliche Darstellung der Rechtsprechung bei entzündigungsunfähigen Arbeitsverletzungen, sowie eine Reihe interessanter Entscheidungen aus der Praxis der Unfall- und Krankenversicherung, der Gewerbegebiete, des Vereinsrechts und des Sozialpflichtlebens.

Tarifverträge in der Leder- und der Lederhandschuhindustrie.

Die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Betriebe und Personen ist auch im Jahre 1911 wieder gewachsen. Während am Jahreschluß 1910: 79 Verträge für 289 Betriebe mit 5377 Personen vorhanden waren, betrug ihre Zahl am Jahreschluß 1911: 94 Verträge für 307 Betriebe mit 6856 Personen. Am Jahreschluß 1911 waren also 15 Verträge für 18 Betriebe mit 979 Personen mehr in Geltung als am Jahreschluß 1910. Insgesamt schloß der Lederarbeiterverband für die Gerber- und Handschuhmacher im Jahre 1911: 13 Verträge für 125 Betriebe mit 2316 Personen ab. Davon entfielen 10 Verträge für 23 Betriebe mit 885 Personen auf die Lederhandschuhindustrie, 8 Verträge für 9 Betriebe mit 633 Personen auf die Schuh- und Chromgerberei und 15 Verträge für 93 Betriebe mit 998 Personen auf die Weißgerberei und Lederfärberei. Während Ende 1908 erst 3 Verträge für 41 Betriebe mit 1748 Personen vom Lederarbeiterverband abgeschlossen waren, fiel ihre Zahl bis Ende 1911 auf 94 Verträge für 307 Betriebe mit 6856 Personen. In drei Jahren vermehrte sich also ihre Zahl um 71 Verträge für 266 Betriebe mit 4608 Personen. Bei rund 15.000 Mitgliedern hatten Ende 1911: 40 Prozent der Mitglieder des Lederarbeiterverbandes ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern vertraglich geregelt.

Christliche Bele'diger.

Am 26. August 1912 erschien im „Volksfreund“ in Essen (Zentrumsblatt) ein Artikel, worin es u. a. hieß:

„Der „freie“ Malerverband, dessen Bezirksleiter wiederholt öffentlich am Gauckertisch als Sünder hingestellt wurde, hat jedes Recht verliert, andere der Unwahrheit zu zeugen; moralisch hat er in der Öffentlichkeit abgewürdigt.“ ... „Dadurch, daß der Striktag der „Arbeiterzeitung“ es anders darstellt, beweist er nur, daß er in punkto Moral dem roten Bezirksleiter die Hand geben kann.“

Der Bezirksleiter des Malerverbandes, Otto Buechel-Köln, klagte wegen Verleumdung gegen den Redakteur Christian Klotz (Zentrumsmitglied im Wahlkreis Duisburg), der als Verfasser den Bezirksleiter des christlichen Malerverbandes, W. Schulz-Essen, nannte und bat, das Ausnahmeverfahren einzustellen, da er zur Zeit der Veröffentlichung nicht in Essen anwesend war. Nunmehr wurde auch gegen den Bezirksleiter Schulz die Verleumdungsklage eingereicht.

Vor dem Essener Schöffengericht am 16. Januar erklärte der Rechtsanwalt Stoff, daß er für Sachen, die aus den Genossenschaftsbureaus kommen, während der Zeit seiner Abwesenheit nicht verantwortlich gemacht werden könne, und er fügte hinzu, daß er den Urteil in dieser Angelegenheit nicht aufgenommen hätte. Der Bezirksleiter Schulz wollte den Wahrheitsbeweis antreiben und führte aus, der Malermeister Bollmann und er selbst hätten den Kläger am Gauratstisch einen Lügner genannt, worauf der Kläger nichts geantwortet habe.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Schulz zu 50 Mark und den Angeklagten Rost zu 30 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Die Veröffentlichung des Urteils soll im „Volksfreund“ in Essen, im „Vereinsanzeiger“ (Organ des freien Malerverbandes) und im „Deutschen Maler“ (Organ des christlichen Malerverbandes) erfolgen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Offener Gewerkschaftskartell gegen die Werks-Konsumunterschiede.

Das Offener Gewerkschaftskartell, dem Gewerkschaften mit insgesamt 14 000 Mitgliedern angeschlossen sind, hat nach einem Vortrage des Generalsekretärs des Konsumvereins „Eintracht“, Kroll, über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften folgende Resolution gegen die Werkskonsumunterschiede angenommen:

„Die am 28. Dezember abgehaltene Sitzung des Gewerkschaftskartells hält es in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der drei letzten Gewerkschaftskongresse mit den Wünschen eines organisierten Arbeiters für unannehmbar, in einer Werkskonsumanstalt, insbesondere der Konsumanstalt der Firma Krupp, Einkäufe zu besorgen. Den Konsumanten der Werkskonsumanstalten fehlt jeder Einfluß auf die Verwaltung, die Einstellung der Arbeiter, deren Besoldung und Arbeitszeit, den Warenverkauf und die Verwendung des Gewinns.“

Die Werkskonsumanstalt der Firma Krupp hat weder Tarifverträge mit den Gewerkschaften abgeschlossen, noch achtet sie das Koalitionsrecht der Angestellten. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Angestellten, Arbeiter, insbesondere der Verkäuferinnen und Wäcker, können sich nicht entfernen mit den Verhältnissen der Konsumgenossenschaft „Eintracht“ messen.

Es ist den Käufern der Werkskonsumanstalten nicht bekannt, welche Ueberlässe diese Betriebe erzielen und wie sie verwendet werden.

Während die Konsumgenossenschaften nur Waren beziehen, die unter strenger Beachtung gewerkschaftlicher Forderungen hergestellt sind, liegt hierfür bei den Werken der Werkskonsumvereine keine Gewähr vor.

Einkauf der Lebensbedürfnisse in Konsumgenossenschaften bedeutet eine Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Einkauf der Werkskonsumanstalten dagegen eine mindestens fahrlässige Schädigung von Arbeiterinteressen.

Das Gewerkschaftskartell fordert, solange nach dem Vorbilde Frankreichs ein Verbot der Werkskonsumanstalten nicht zu erzielen ist, Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse der Werkskonsumanstalten, Trennung des Vermögens dieser Anstalten von der Unternehmung und Mittelverwaltung seitens der Arbeiterschaft.

An die Meistkandidaten richtet das Kartell die Bitte, im Falle ihrer Wahl für eine Abänderung der Gewerbeordnung in letzterem Sinne zu wirken.

Zentrale der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“, Köln.

Mit berechtigtem Stolz können die in der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ organisierten Konsumanten Köln auf ihre künftige Zentrale blicken. Nachdem nunmehr die Bau- und Umbauarbeiten ihren Abschluß gefunden, tritt die Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ in die Reihe jener Vereine, die auf breiter Grundlage Eigenproduktion in den Dienst der Konsumanten zu stellen vermögen. Das langgestreckte, mit zwei Schornsteinen gekrönte Gebäude ist die Kaserne. In einer Front von 30 Metern und einer Tiefe von 10 Metern lehnt sie sich an die vor drei Jahren erbaute Vorderkassette an. Die neue Anlage bietet Raum für zehn Oefen, von denen vier ihre Aufstellung gefunden haben. Sie sollen sofort in Gebrauch genommen werden, so daß dann zwölf Oefen in Tätigkeit sind. Das neue Gebäude wird außer den üblichen Kaserne- und Wäschereimaschinen, darunter eine neue Teigmaschine, eine Schrotmühle aufnehmen, die pro Stunde 15 bis 20 Zentner Mehl liefern soll. Geplant ist weiter, einen Spezialofen für Konditorwaren einzubauen. Die Anlage ist derart eingerichtet, daß die Teigverarbeitung in der Mitte der beiden Oefensysteme verbleibt, die Expedition dagegen an den Enden zu liegen kommt. Vorgehen ist ferner eine Wäscherei, daneben eine Vermeerung der Wäbe- und Aufstellräume für die Kasernearbeiter. Im Hintergrunde zwischen Kasernegebäude und Zentral-lager liegt das Kessel- und Maschinenhaus. Das letztere hat eine bedeutende Erweiterung erfahren, da eine zweite, 150 Vierdrähte starke Maschine aufgestellt werden wird. Der Anbau ist unterteilt und mit dem Zentrallager durch einen unterirdischen Gang verbunden. Dem Kasernegebäude gegenüber erhebt sich das Zentrallagergebäude. Der vorzügliche Teil beider liegt außer der Wohnung des Geschäftsführers die Bureauräumlichkeiten. Die Wäscherei befindet sich in einem langgestreckten, an das Zentrallager angelehnten Gebäude. Zentral-lager und Wäschefabrik sind zu einem 50 Meter langen und 21 Meter breiten Gebäude vereinigt. Das ist die Wäschefabrik, der jüngste und unvollständigste der interessanteste Produktbereich der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“, nach den neuesten Erfahrungen eingerichtet ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Erwähnt sei nur die Süßmilchanlage mit Eis-maschine. Die Anlage reicht zur Verarbeitung von 200 Schweinen pro Woche aus, was einer Jahresproduktion von ungefähr 2 Mill. Mark entspricht. Ueber dem Expeditionsraum befindet sich der neue Speisungs-saal. Weiter rechts, auf einem neu erworbenen Grundstück, finden wir den für 18 Pferde bestimmten Pferdestall. Auch im heiligen Köln geht also weiter mit der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung. Das die vornehmste Aufgabe dieser Bewegung, die Eigenproduktion, die ihr gebührende Achtung findet, erfüllt mit besonderer Freude.

Internationale Mundschau.

Georg Wöhrd +

Am 16. Januar, morgens 10 Uhr, verunglückte auf Abstell-Geleise bei Kammerl der Kamerad Georg Wöhrd, früheres Mitglied der hiesigen Schanze (Kreis Hörde). Er war sofort tot. Erst 36 Jahre alt, ist er ein Opfer seines Berufes geworden. Derselbe war seit 12 Jahren verheiratet mit der ältesten Tochter des Kameraden August Siegel. Seine Frau und zwei Söhne im Alter von 3 resp. 1 Jahr bewohnen den Gendärner in Schottland und seine alte Mutter und mehrere Brüder und Schwestern trauern um ihn in Deutschland. Alle, die ihn kennen, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Streik der belgischen Vergarbeiter.

Die neueste Nummer von „L'Ouvrier Mineur“, das Organ der belgischen Vergarbeiterföderation, bringt einen ausführlichen Bericht über Ursache, Entstehung und bisherigen Verlauf des Streiks der Vergarbeiter im Bassin von Mons, dem wir folgendes entnehmen:

Die Ursache des Streiks ist die neue Arbeitsordnung, welche zweimäßige Lohnzahlung im Monat vorsieht. Dieser wurde der Lohn wöchentlich gezahlt. Einzu kommt noch, daß erst 5 Tage nach dem 1. resp. dem 15. der Lohn für die vorhergehende Lohnperiode gezahlt werden soll. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter nicht eine Woche, sondern bereits zwei Wochen länger auf die Auszahlung des verdienten Lohnes warten sollen. Da der Gehalt der Vergarbeiter auf die wöchentliche Lohnzahlung eingerichtet ist und auch die belgischen Vergarbeiter nicht so hohe Löhne verdienen, um Ersparnisse machen zu können, so ist selbstverständlich, daß sie mindestens in der Übergangszeit von der wöchentlichen zur halbmonatlichen Lohnzahlung in eine wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Der letztgenannte Lohn soll also anstatt wie bisher für eine Woche, für 19 Tage, also bald drei Wochen, reichen. Da das unmöglich ist, müßten die Vergarbeiter bei Einführung der halbmonatlichen Lohnzahlung entweder Schulden machen oder hungern. Mit dieser Maßnahme der Unternehmer wäre also auch eine empfindliche Störung des Geschäftslebens verbunden.

Die dortige Organisationsleitung hat den Streik nicht gewünscht, sie hat im Gegenteil alle möglichen Schritte unternommen, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Sie hat ein Schreiben an die Grubendirektoren gerichtet, in welchem sie auf die schädlichen Folgen der Unternehmermaßnahme für die Arbeiter und die Geschäftswelt hinwies, sie hat aber auch gleichzeitig hingewiesen auf die Folgen, welche ein größerer Streik für alle Beteiligten haben würde. Ferner wurden die Grubendirektoren in dem Schreiben ersucht, in Unterhandlungen mit den Arbeitervertretern einzutreten.

Gleichzeitig sandten die Organisationsleiter auch ein entsprechendes Schreiben an den Regierungspräsidenten und baten um dessen Vermittlung. Die Unternehmer wiesen jedoch alle Vorschläge der Arbeitervertreter und auch eine Unterhandlung mit diesen schroff zurück. Sie beriefen sich darauf, daß die im Vergarbeiter-Unfallversicherungs-

gesetz vorgesehene halbmonatliche Beitragszahlung sie zur halbmonatlichen Lohnzahlung veranlasse.

Darauf wandten sich die Arbeiterführer mit einer Eingabe an den Industrie- und Arbeitsminister, in welcher sie denselben baten, seinerseits die Initiative zur Durchsetzung von Verhandlungen der streikenden Parteien zu ergreifen. Inzwischen interpellierte der sozialistische Abgeordnete Marille den Minister auch in der belgischen Kammer wegen der Streikfrage. Der Minister erwiderte, daß die vorgesehene halbmonatliche Beitragszahlung zur Invalidenversicherung in keiner Weise die Unternehmer zwingt, auch die Löhne der Vergarbeiter halbmonatlich zu zahlen. Die Beitragszahlung ließe sich bei gutem Willen auch bei wöchentlicher Lohnzahlung regeln.

Nachdem so alle Bemühungen der Organisationsleiter gescheitert waren, richteten sie an die Vergarbeiter einen Aufruf, in welchem sie denselben Mitteilung machten von dem Scheitern aller Vergleichsver-suche. Gleichzeitig luden sie alle über 21 Jahre alten Arbeiter auf Dienstag, den 2. Januar, zu einer Urabstimmung für oder gegen den Streik ein. Es kamen 21 Ortschaften in Frage, in denen abgestimmt werden mußte. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 11 518 Stimmen abgegeben, davon waren 9700 für und 1078 gegen den Streik, während 74 ungültige Stimmen abgegeben wurden. Die statutarisch notwendige Zweidrittelmehrheit für den Streik war also überreichlich vorhanden und so begann der Kampf.

Am 5. Januar hielten darauf die Unternehmer eine Zusammenkunft in Mons ab, die mit dem Scheitern endete, daß die Abnahme jeden zweiten Samstag gezahlt werden sollten. Zu diesem Vorschlag nahmen die Delegierten der Arbeiter am 6. Januar Stellung, derselbe wurde aber mit 18 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

So geht der Streik bisher ununterbrochen weiter. Am Streik beteiligt sind 25 000 Arbeiter von 31 000 insgesamt in dem französischen Bergbaubereich. Von den 25 000, die demnach in Arbeit stehen, arbeiten mehrere Tausend auf den Gruben zu Wägen und Vernunft, die eigentlich außerhalb des Streiks liegen und auch am Streik nicht beteiligt sind. In dem eigentlichen Streikgebiet ist die Arbeitsruhe fast vollständig. Wie lange der Kampf noch dauern wird, läßt sich noch nicht absehen, doch wird mit seiner langen Dauer desselben gerechnet.

Polen des Separatismus in Österreich.

„Die Gewerkschaft“, Organ der Gewerkschaftskommission Österreichs, schreibt:

„Wiederholt schon haben wir an der Hand von Tatsachen giffer-gemäß nachgewiesen, wie sehr die ungeliebte Realität der separatistischen Gewerkschaftsgruppierungen die ihnen blind folgenden tschechischen Arbeiter schädigt. Niedrigere Löhne, in der Folge hieron eine schlechtere Lebenshaltung, vergrößerte Abhängigkeit von der Willkür der Unter-nehmer: das sind die Erfolge, welche die „Verselbstständigung“ der separatistischen Parteien folgenden tschechischen Organisationen für ihre Mitglieder zeitigt. Einen zuverläßigen sehr beachtenswerten Beitrag zu diesem Thema finden wir im „Österreichischen Metallarbeiter“. Dieser stellt fest, daß nach den statistischen Aufzeichnungen der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten der tägliche Durchschnittslohn eines Vollarbeiters in der Metallverarbeitung betragen hat (in Kronen):

In Jahre	In Niederösterreich	In Böhmen	In Mähren u. Schlesien
1905	3,69,8	2,58	2,50,9
1906	3,68,7	2,45,8	2,50,5
1907	3,81,7	2,06,5	2,66,8
1908	3,04,6	3,03,6	2,79,2
1909	4,04,6	2,00,6	2,84

In der Gruppe Maschinen, Werkzeuge, Apparate usw.:

In Jahre	In Niederösterreich	In Böhmen	In Mähren u. Schlesien
1905	4,44,2	3,64,2	2,72,6
1906	4,57,1	3,44,4	3,88,6
1907	4,72,8	4,19,2	3,51,2
1908	4,87,5	3,88,7	3,60,2
1909	4,90,8	3,40,6	3,56,8

Während also in Niederösterreich, Mähren und Schlesien ein zwar sehr langsames, immerhin aber doch regelmäßiges Steigen der Tagelöhne zu verzeichnen ist, setzte in Böhmen gleichzeitig mit dem Beginn der separatistischen Umtriebe ein Sinken der Löhne ein! Die separatistisch gestimmten Arbeiter in Böhmen hatten keine Zeit, sich ihrer Haut zu wehren, sie mußten lernen, den tschechischen Klassenfeinden als ihren Feind zu behandeln, und die Unternehmer nützten die ihnen günstige Konjunktur aus und zogen den nach der „Verselbstständigung“ sich Sehrenden die Haut über die Ohren...

Dieselben verderblichen Folgen zeitigt die Zersplitterung der Arbeiter auch bei uns in Deutschland. Trotzdem nennen Zentrums-gewervereinsführer unseren Kameraden H. u. das „Uebel“ der Vergarbeiter, weil er für die Einigkeit der Vergarbeiter eintritt.

Welche Unternehmergruppen in Österreich.

In Österreich werden mit dem Gelde der Unternehmer ebenfalls selbe Gewerkschaften gegründet, wie bei uns in Deutschland. Das Organ des österreichischen Holzarbeiterverbandes berichtet, daß in Jägerdorf ein gewisser Seidl, gewesener Tischlergehilfe, als Landessekretär der selben fungiert. Um für seine Existenz noch eine gewisse Berechtigung zu finden, bemüht er sich natürlich, Arbeiter-organisationen zu gründen. Nachdem aber die Arbeiter für diesen Schwindel nicht zu haben sind, wendet er sich an die Unternehmer, damit sie ihm helfen, Arbeiterorganisationen zu gründen. Wie das dann gemacht wird, zeigt folgendes Schreiben eines Unternehmers:

„Ich ersuche Sie, sich in allen Angelegenheiten, welche die beschaffte Gründung betreffen, an Herrn Karl Bachmann, Privat-beamter, hier, zu wenden. Ich bin bereit, die Ortsgründung in jeder Weise Mitgliedern die Hälfte des Monatsbeitrages zu bezahlen, glaube aber, daß nunmehr da einmal der Stein ins Rollen gebracht ist, die Gründung zu veranlassen. Es könnte ein schlechtes Licht auf die Gründung werfen, wenn die Arbeitgeber gewissermaßen die Gründer wären.“

Mit treudeutschem Gruß

(folgt die Unterschrift.)

Wie dieses Schreiben zeigt, befolgt man in Österreich auch die gleiche Taktik, den Pferdeschuh zu verbergen, wie bei uns in Deutsch-land. Es könnte ein schlechtes Licht auf die Gründung werfen, wenn die Arbeitgeber gewissermaßen die Gründer wären“, heißt es in dem Schreiben. Dieser Satz spricht Bände!

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Bruchstraße. In der Wäschlaue dieser Zeche herrscht eine sehr kalte Temperatur, weil nicht genügend geheizt wird. Die Vergarbeiter klappern mit den Zähnen vor Kälte, wenn sie unter den Brausen herauskommen. Weil zu mangelhaft geheizt wird, können selbstverständlich auch die Grubenkleider nicht trocken und die Arbeiter müssen sie wieder nach anziehen, was für ihre Gesundheit doch nur die schlimmsten Folgen haben kann. Windhosen sind am Eingang zur Wäschlaue angebracht, aber die Türen stehen stets offen, so daß der kalte Wind doch ungehindert Zutritt hat. Die Seilschachtel von der dritten und zweiten Sohle dauert mittags bis 2,40 Uhr, so daß die Seilschachtel dadurch in ungeschicklicher Weise verlängert wird. Sehr oft mangelt es auch an Holz, besonders an Schalholzlern. Hoffentlich schafft man Abhilfe.

Sehe Bruchstraße. Wir erhalten folgende Zuschrift, die des un-gewollten Sumers nicht entbehrt:

„Dortum, den 19. Januar 1912.“

Herrn Reichthum Wagner, Dortum.

Benedictige Sie hiermit, daß Sie meine Person in Nr. 46 (1911) und Nr. 2 (1912) der „Vergarbeiter-Zeitung“ scharf kritisiert haben.

Diese Artikel entsprechen nicht der Wahrheit, und ersuche ich Sie, dieselben zu widerrufen.

Für Paulinger titulierte ich keine Leute wenn auch mal weniger gemacht wird, als man verlangen kann.

Hoffentlich schildern Sie mich als ein solcher der die Leute hauer mit 3,50 Mk. laufen läßt, Sie sind aber falsch unterrichtet und läßt dieses vorläufig entschuldigen. In diesem Falle kann ich Ihnen etwas mitteilen, daß ich speziell gut für die Kameradschaft gesprochen habe und in Gegenwart von zwei Zeugen sagte: Wir können diese Leute nicht mit 3,50 Mk. laufen lassen, da sind keine Verhältnisse nach; obwohl ich mußte, daß die Leute auch Schuß waren. Der betreffende Steiger behauptete wiederholt, daß diese Leute selbst Schuß hätten, die hätten mehr verdienen können. Ich habe mich möglichst genau und sehr nicht ein, daß Sie mich als den Schuldigen dafür lassen. Wo nun der Vertriebsführer hörte, daß diese Leute selbst schuld waren, war es vorbei und sagt, dann könnte er es auch nicht ändern.

Drittens, im zweiten Artikel (Nr. 2 1912) kommen Sie nun noch, mehr mit beilegender Sache heran, soll ich schon wieder die Leute mit Paulinger titulieren. Herr Wagner Sie sind nicht in der Lage mit einem zu nennen, der gerichtlich unter Eid dieses behaupten kann. Da gebrauche ich andere Ausdrucksweisen wenn es mal nötig ist, den Leuten zu ermahnen.

Ich bitte Sie vorstehendes in Nr. 4 der „Vergarbeiter-Zeitung“ widerrufen zu lassen, andernfalls ich gegen Sie klagen werde.

Achtungsvoll

Heinrich Brandegger, Hohlreiter.

Dieses Schreiben gibt uns wirklich Sprachsache auf. Herr Brandegger bittet und am Schluß desselben, Vorstehendes“, d. h. sein eigenes Schreiben zu widerrufen. Wie sollen wir das eigentlich verstehen? Um Mißverständnissen vorzubeugen, wäre es gut gewesen, wenn Herr Brandegger auch mitgeteilt hätte, was er mit seinem Schlußsatz sagen wollte. Auch die übrigen Sätze kommen uns recht spanisch vor. So benachrichtigt und Herr Brandegger, daß wir keine Person scharf kritisiert haben. Das haben wir aber schon gesagt, bevor wir diese Benachrichtigung erhielten. Bei einigem Nachdenken hätte sich Herr Brandegger das auch selbst sagen und sich seine Benachrichtigung sparen können. Mißfälligkeit ist uns auch der Satz: „Für Paulinger titulierte ich keine Leute“. Will Herr Brandegger damit etwa sagen, daß er für Paulinger an keine Leute Titel verlieht? Unsere Zeit gestattete es leider nicht, auch noch die übrigen Sätze zu entziffern. Diese „bunte-bare“ Aufgabe müssen wir schon unseren Lesern überlassen. Wir möchten den Herrn Hohlreiter Brandegger nur noch in seinem eigenen Interesse bitten, und seine weiteren Sprachsache aufzugeben. Seine Drohung mit Klagen finden wir sehr unbedenklich, besonders da wir noch recht viel an den Artikeln geschrieben haben. Das ist doch ein Beweis, daß wir es nicht so böse meinen. Wir hoffen aber, daß er sich dadurch veranlaßt fühlt, den Arbeitern in Zukunft mehr entgegenkommen zu zeigen.

Sehe Konstantin, Schacht I und II. Während der Seilschacht wird hier am Tage, wo die Seilschacht sich auflösen muß, stets mit Holz, Kohlen- und leeren Wagen gefahren, daß die Kameraden oft nicht wissen, wo sie hinpringen sollen, damit sie nicht überfahren werden. Im Revier 6 im Querschlag von H. J. Präsident I bis zum H. J. Wilhelm wäre es sehr angebracht, daß da ausgehauene oder wenigstens die Löcher abgegraben werden, die hier ein Unglück passiert. Auch ist sehr nötig, daß die Wasserseige gereinigt wird in diesem Querschlag, damit die Schieber nicht mehr bis an die Kante des Wäfers oder Schlamms zu weit rutschen. Wir hoffen, daß die Regenverwaltung ansetzt. Verordnungen einzuführen, Abänderung der Mißstände schafft, dem dadurch ist der Belegschaft am besten gedient.

Sehe Zentburgla. Ein alter Bergmann schreibt und folgendes: Zur Ventilation bedient man sich hier über Tage einer großen Weiler-mühle. Von derselben Größe verwendet man fünf bis sechs in der Grube. Auch hat man in der Grube vielleicht bis hundert Luftlöcher am Blasen. Da fragt man sich, wieviel Kubikmeter Luft werden da in der Sekunde in der Grube durchgepumpt, und wieviel kann die Weilermühle über Tage ausziehen? Das heißt: In der Grube werden die Arbeiter von einem Arbeitspunkt in den anderen gelagt, aber an Abzug fehlt es. Das ist auch zu spüren, wenn man auf der Weilerseile im Abzugsquerschlag steht. Einen so schlechten Abzug habe ich noch auf keiner Zeche gesehen. Dort kann man nachden, ohne zu arbeiten, stehen, ohne daß es einem kalt wird. Wetterfäden, die von selbst zugehen, habe ich noch keine gesehen. Auch von Doppelmeter-fäden oder Doppelverdrängungen ist nichts zu sehen. Wo man gezwungen ist, Schlagmeter einzuführen, weil man keinen Durchschlag bekommen kann, fehlt die massive luftdichte Mauer. Mit Vergewalt wird zu-geschüttet und die Weilerseile ist festig. Das Einhalten der gesetzlichen Schichtzeit gibt nicht. Zwei Arbeitsstunden vorgezeichnet ist die Seilschacht von 2 bis 2 1/2 Uhr, hier dauert sie aber bis 3 Uhr. Und die Seilschacht der Morgenschicht beginnt 6,20 Uhr und endet 3 Uhr nach-mittags. Bei einer Belegschaft von 800 Mann fehlt jetzt noch die Weilerseile. Die Abzugsseile sind so aufgestellt, wie man es nicht für möglich halten sollte.

Sehe Barmen (früher Abol). Auch dieser Bitt gibt der Beleg-schaft wieder Veranlassung zu Klagen. Scheine für Material sollen vom Betriebsführer unterschrieben sein, aber der Herr ist mißgütig selten zu sprechen; es kann auch der Stellvertreter, Steiger Oligmüller, unter-schreiben, das ist ja richtig; aber um 2 Uhr kommt er erst aus der Grube. Die Kumpels der Mißgütigkeit waren schon lange, jetzt wird unterschrieben und die Kameraden rennen zum Schalter in der guten Hoffnung, das nötige Material zu empfangen, aber weit gefehlt! Der Materialverwalter prüft den Schein und findet, daß die Scheine für verschiedene Materialien vom Betriebsführer unterschrieben sein müssen, zu aller Erlaunen sogar der Vindikator. Vindikator soll in der Grube gefucht werden, spricht der Materialverwalter und Steiger Olig-müller. Da doch kein Vindikator in der Grube zu finden ist, muß gewartet werden, bis der Zufall es will, den Herrn Betriebsführer Schächer zu treffen. Daß dadurch die Arbeit veranlaßt wird, Latten und Möhre zurückzulaufen, liegt klar auf der Hand. Latten, Holz, Möhre und Schienen fehlen sehr oft, aber Wasser ist in Hülle und Fülle vor-handen, bloß nicht in der Wäschlaue. Die Brausen laufen ganz schlecht, teilweise gar nicht, auch wird bei diesem kalten regnerischen Wetter die Wäschlaue schlecht geheizt. Es sind auch Tage da, wo gar nicht geheizt wird. Das Straßensystem liegt hier in schäblicher Blüte. Ein ganz merkwürdiges Verfahren wendet Herr Schächer an. Bei jedem Schicht-mechel kann man eine ganze Reihe Nummern von Wagen auf der Tafel sehen, die angeblich 40, 50, 75 Kilogramm zu wenig sollen ent-halten haben. Dabei werden die Stoffen nicht nach Gewicht bezahlt, auch ist keine Waage vorhanden. Ob die beiden Aufschäger Ebenfeld und Willemsmann die Waage im Kopf haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Früher flossen die Strafgelehrten in die Unterschlagskasse, jetzt wird den Kameradschaften einfach das genutzte Quantum abgezogen und die Unternehmer steden das Geld ein. Die Arbeiter können sicher nicht dafür, daß die Wagen schlechte Strecken und lange Wagenberge passieren müssen und dadurch die Stoffen verloren gehen.

Sehe Carolinengrube. Die Bestrafungen nehmen hier fast über-hand, besonders Revier II ist sehr stark vertreten. Über gerade in diesem Revier herrschen Uebelstände, die dringend der Abhilfe bedürfen. Im Fahrstuhl von der fünften Sohle bis nach Ort 10 fehlen etwa 30 Stempel, so daß es gefährlich ist, denselben zu passieren. Auf Ort 10 fehlt sogar die Klappe. Das Holz müssen sich die Kumpels von Ort 10 bis nach Ort 18 schleppen und sind gezwungen, den Brennsberg zu be-nehmen, weil es sonst keinen anderen Ausweg mehr gibt. Die Über-lüftung könnten auch so gestrichelt werden, daß die Arbeiter nicht über Holz und Schienen hinwegklettern brauchen. Hoffentlich schafft man Abhilfe.

Sehe Pauline (Werben). Die Kameraden werden sich den Rauch halten vor Augen, wenn sie die Stellungen des „Bergknappens“ vom 13. Januar 1912 genießen. Zunächst werden die beiden ausgeschiedenen Sicherheitsmänner als Feiglinge vernabelt und außerdem bezichtigt, daß sie ihren Abgang als Helikopter erscheinen ließen. Arme „Christen“, ihr tut uns wirklich leid, wir gütten mehr Sympathie als euch gesucht. Euer heißes Grollen hat aber — bemutet oder unbemutet — eine andere Bedeutung. Die Kameraden sollen über eure Taten und ihre traurige Lage hinweggekauft werden. Auch sollen wir versucht haben, durch Schimpfen unsere Schuld auf andere abzuwälzen. Wenn dem so wäre, hätten wir es ganz sicher vom „Bergknappen“ abguckt. Ferner soll das kleine „neutrale“ Flugblatt sowie die rege Beteiligung der „Christen“ an der Ergänzungswahl arg verächtlich haben. Im Gegen-teil! Die Majorität, womit die beiden Verbandskameraden gewählt wurden, ist wohl der beste Beleg. Geradezu erheitend wirkt die Be-hauptung, das frühere Verbandsmitglied Gellermann sei freiwillig und mit Ueberzeugung dem Gewerkeverein beigetreten. Wagt, was? Wir können es deshalb auch nicht unterlassen, die geübte Praxis des frei-willigen und überzeugten Beitritts etwas näher zu beleuchten. Schon vier Wochen vor der Wahl ging das „christliche“ Mitglied Gellermann damit herum, Gellermann ließe sich von der Zeche aufstellen und alle „Christen“ würden ihn wählen. Als am 25. November nun Gellermann

mann von einem Verbandskameraden gefragt wurde, wie diese Woche verlief, antwortete derselbe: „Ich habe nur zu dem Knappschäfts-
dilemma W. gesagt, eher das ich sage, daß in diesem Monat ein
„Christi“ durchkommt, lasse ich mich selbst aufheulen; auch werde ich nie
dem Gewerkschaftsleiter beitreten, trotzdem ich oft genug darum angehalten
worden bin.“ Raum nach Tage später, am 8. Dezember, gelang es
dem „Christlichen“ Sicherheitsmann Kemper, Gellermann zu bewegen,
dem Gewerkschaftsleiter beizutreten. Gleichzeitig entrichtete dieser für 14
Tage rückwärts die Beiträge, um den Kameraden begreiflich zu machen,
er sei schon längere Zeit Mitglied. Das Gellermann früher als Ver-
bandskamerad ein wichtiger Teil gewesen sei und von uns jetzt mit
dem Knappschäft beauftragt wurde, blieb doch dem „Vergnappen“ vor-
behalten, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir gannen den „Verg-
nappen“ heute noch mehr solcher wichtiger Teile, um mit noch mehr
W. — W. — Material von den roten Verbandsmitgliedern versorgt
werden zu können.

Beide Erlin. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses dieser Schach-
anlage geben in der Nr. 2 des „Vergnappen“ einen Bericht von der
Ausübung, welche am 20. Dezember stattgefunden hat. Im An-
schluß an den Bericht glauben die „Christen“ den Verbandsleiter eine
Warnung geben zu müssen und verlangen, daß sie (die Arbeiter-
händler) „Christen“ vertrauen und ihnen die betreffenden Mitglieder
mitteilen sollen. Ein recht „schönes“ Verlangen von Seiten, die das
Vertrauen der Verbandsleiter schon längst nicht mehr besitzen. Und warum
kann ein Verbandsleiter diesen Leuten keine Wünsche und Beschlüsse
unterbreiten? Am 10. Januar 1911 fand im Lokal Eduard-Wieder in
Gahr eine Verbandsversammlung statt. Die Ausübungsmittel
hatten es nicht für notwendig gehalten, zu erscheinen. Die sehr gut
besuchte Versammlung wählte eine Kommission, welche der Verbands-
leitung die Fortsetzung der Versammlung unterbreiten sollte. Die
Verbandsverwaltung wählte die gewählte Kommission an die Ausübung
mitglieder. Die Kommission wandte sich nun an diese und erhielt am
28. desselben Monats folgende Antwort:

„Erlin, den 28. Januar 1911.
Werte Kameraden! Inbezug der mir von Euch überreichten
Eingabe an die Verwaltung der Zeche Erlin erlaube ich Euch im
Namen der Ausübungsmittel der Verbandsleiter unter Tage, daß wir
Eure Eingabe nicht mehr einreichen können, da wir bereits am
14. d. M. eine ähnliche laute Eingabe an die Verwaltung der Zeche
Erlin eingereicht haben. Jedoch werden wir in der betreffenden
Sitzung, wo unsere Eingabe zur Verhandlung kommt, als Ausübung-
smittel, auch Eure an uns geschickte Eingabe mit vorbringen. Mit
Gruß auf der Ausübung der Verbandsleiter unter Tage. J. W.
J. Lehmann.“

Nach diesem Schreiben wäre es logisch gewesen, wenn der Ausübung
sogar nach der Verhandlung eine Verbandsversammlung einberufen
und Bericht erstattet hätte. Doch derartige darf keiner glauben.
Es hat sich jetzt — ein Jahr nach dem — noch keine Verbandsver-
sammlung stattgefunden. Den „Christlichen“ stehen lokale in Fülle
zur Verfügung, aber sie brauchen keine Verbandsversammlung, weil
auf ein alles tipp-topp in Ordnung ist. Uns treiben die „Christen“ die
Lokal, indem sie den Wirt mit Vorkauf drohen, wenn sie uns
die Lokal zur Verfügung stellen. Trotzdem schreiben diese Leute dann
durch den ganzen „Christlichen“ Zentralkomitee über Terror-
ismus, wenn die Arbeiterhändler bei solch rückgratlosen Wirt nicht
mehr verkehren. Daß sie selbst den schlimmsten Terror anwenden,
trotzen diese Leute nicht einsehen. Gerade die Botschaft des „Christ-
lichen“ Gewerkschafts, welche bei Weiser sagt, hat — nach Aussage der
Wirtin Weiser — gedroht, bei Weiser nicht mehr zu verkehren, wenn
wir dort noch eine Versammlung abhalten. Es ist ausdrücklich an-
geordnet, wegen einer Verbandsversammlung und nicht, wie im „Verg-
nappen“ angegeben ist, daß es eine Verbandsversammlung wegen der
Schlagzahl sein sollte. Mit derartigen Unterstellungen, ihr lieben
„Christen“, könnt ihr die Lokal, daß ihr die Terroristen seid und die
Interessen der Bergarbeiter vernachlässigt, nicht aus der Welt schaffen.
Alles Geschreibsel in der „Eisener Zeitung“, der „Arbeiter-Zeitung“ und
dem „Vergnappen“ hilft euch nicht darüber hinweg.

Oberbergamtsbezirk Brum.

Zeche Anna und Wilhelmshacht. Große Unzufriedenheit unter
der Verbandsleitung herrschte besonders während der Weihnachtszeit, weil
die Verbandsverwaltung mehrere Tage der Woche 1½ Schicht verfahren
ließ. Die Sonntagschicht beginnt zwei Stunden früher. Der
Lohn dieser Schichten wurde um 10 Pf. gekürzt. Auf Wilhelmshacht
müssen die Arbeiter an Sonntagen ½—1 Stunde auf ihren Lohn
warten; es könnte sehr leicht an mehreren Schichten ausbezahlt werden
und dem Lohn wäre abgeholfen. Das wäre besonders für die Arbeiter
der Nachschicht gut, welche die Hitze benutzen müssen. Auch müßte
besser für Wasser gesorgt werden und für eine gleichmäßige Temperatur
des Wassers. Das sind doch Mängel, die leicht eingestrichelt werden könnten.

Am 11. August tagte in Alsdorf ein vom Gewerkschaft für die
Zeche Anna und Wilhelmshacht einberufene Verbandsversammlung.
In derselben wurde von der Verbandsleitung Protest erhoben gegen
die Verschlechterung der Bedinge, die Verschärfung
des Strafgesetzes, die schlechten Löhne, den Holz-
mangel, die inhumane Behandlung der Arbeiter
durch die Beamten und die lange Arbeitszeit. Auch wurde Be-
schwerde erhoben über die Wäsche und mangelhafte Alsdorfer.
Wegen dieser Beschwerden sollte der Arbeiterschied bei der Verbands-
verwaltung vorgetragen werden. Die Zeitung der Verbandsleitung ver-
pflichtet sich, nach der Verhandlung des Ausschusses mit der Verwaltung
eine neue Verbandsversammlung einberufen, in der Bericht er-
stattet wurde. Ueber fünf Monate sind verstrichen, aber eine Verbands-
versammlung ist noch nicht einberufen worden. Eine Ausübung-
sicht hat einige Wochen nach der Verbandsversammlung statt-
gefunden. Unter der Verbandsleitung wurde festgestellt, die Forderungen
der Arbeiterschaft seien alle bewilligt worden, auch die Arbeitszeit
würde um eine Viertelstunde gekürzt. Im „Vergnappen“ erschien ein
Bericht über die Ausübung, aus dem hervorging, daß die Verbands-
verwaltung alles „entgegen und prüfen“ wollte. Wenn einer nennens-
werten Abschätzung der Mängel und einer Verkürzung der Arbeits-
zeit, wozu die Arbeiter besonders drängen, ist nichts zu hören. Das
Gegenteil ist eingetreten, längere Arbeitszeit und Lohnrückstellungen
sind die Antwort an die Verbandsleitung. Seitens des Bergarbeiterver-
bands ist bei den Wirt in Alsdorf um Überlassung eines Saales
zu einer Verbandsversammlung angefragt worden. Alle schenkte dies
ab. Nur wenn die Kameraden im Auftrag des Gewerkschafts han-
deln, dann könne ihnen der Saal zur Verfügung. Der Wirt hat
erklärt, er habe von den Bergarbeitern nichts, höchstens daß
dieselben Sonntags in seinem Lokal verkehren, an den Sonntagen solle
er keine Bergarbeiter. Der Bergarbeiterverband hat die Arbeiterschaft
durch ein Flugblatt auf die gegenwärtige Situation aufmerksam ge-
macht. In den meisten Bergbauwerken verlangen die Bergarbeiter
Aufhebung des Arbeitslohnes, im Wirtsbereich gehen die Verbands-
verwaltungen dazu über, die Arbeitszeit nach zu verlängern und den
Lohn zu kürzen. Die Kameraden sind sehr empört.

Zeche Schweißer-Merke. Auf seiner Zeche im Aachener Bezirk
werden 10 viel Unzufriedenheit. Wie auf Schweißer-Merke.
Währenddessen zweimal die Woche arbeitet die Verbandsleitung nach, dies gilt
sogar für etwas schmerzhaftes. Dafür haben wir auf Schweißer-
Merke aber auch die traurige Tatsache zu verzeichnen, daß hier der
Arbeitslohn pro Schicht um 1 Pf. geringer ist als auf den anderen
Zechen. Wollen die Kameraden eine Beschwerde, wollen sie den
Lohn auch nur auf die gleiche Höhe bringen wie auf den anderen
Zechen, dann wird nichts anderes übrig bleiben, als Protest zu machen
gegen die Unzufriedenheit.

Zeche Karl Friedrich. Dieser machte die Zeche Karl Friedrich
bezüglich der Arbeitszeit eine Ausnahme. Während dieselbe auf den
übrigen Zechen 9 und 9½ Stunden beträgt, betrug sie auf Karl
Friedrich nur 8 Stunden. Am 2. Januar wurde die Verbandsleitung durch
eine Bekanntmachung überrascht, die besagte, daß die Arbeitszeit um
eine Stunde verlängert würde. Die Verbandsleitung war sehr aufgeregt;
da dieselbe aber meist aus unorganisierten Kameraden besteht, so mußte
sie sich leider die Schlichterung gefallen lassen. Es wäre an der
Zeit, daß auch hier die Bergarbeiter sich bemühen würden, wie dringend
unbedingt die Organisation der Bergarbeiter ist.

Zeche Rotherberg. Es haben wir in der „Bergarbeiter-Zeitung“
gelesen, daß die Zustände auf Rotherberg kein gutes Ende zeitigen
würden. Das Leistungsgebäude und Prämiensystem mußten unhal-
bare Zustände schaffen. Schon im November v. J. mußte der Betrieb
auf der 350 Meter-Schicht gänzlich eingestellt werden, weil das Wasser
nicht mehr zu bewältigen war. Für die ersten Schichten wurden die
Arbeiter entlassen. Da die Betriebsstörung aber längere Zeit dauerte,
wurden die Arbeiter entlassen. Nach einigen Wochen konnte der Be-
trieb wieder aufgenommen werden. Die Arbeiter hatten bis dahin
keine Arbeit gefunden. Die Beamten und Agenten zogen durch das

Wirtsbereich, die früheren Verbandsmitglieder auffuchend. Dem-
nach wurde beschlossen, sie würden 650 Pf. verdienen, wenn sie
wieder nach Rotherberg kommen würden. Viele ließen sich verleiten,
sündigten ihr kaum begonnenes Arbeitsverhältnis und gingen nach Rother-
berg. Am Sonntag kam die Entlassung; man hatte eine 1 Pf.
und mehr pro Schicht weniger, als wie er geholt und ihm besprochen
worden war. Am 9. Januar wurde der Betrieb erneut eingestellt
und soll bis zum 16. Februar nicht wieder eröffnet werden. Für die
Arbeiter ist es jetzt sehr schwerer, Arbeit auf den anderen Zechen
zu bekommen. Bekannt hat die Verbandsverwaltung aus den Vorkomm-
nissen noch immer nichts. Außer auf der 350 Meter-Schicht wird der
Betrieb weiter aufrecht erhalten. Aber wie? Morgens früh beginnt
die Schicht, 7½ Uhr und nachmittags ¼ vor 5 Uhr ist sie beendet.
Eine Verlängerung der Schichtzeit bis zu 1½ Stunden. Beinhaltet geht
es mit der Mittag- und Nachtschicht. In der Wäsche herrscht eine
Temperatur zum Erfrieren. Die Bergleute klappen beim Waschen
mit den Händen vor Kälte. Durch die Eingänge, die ohne Türen sind,
pfeift der Wind. Die Meinung ist eine sehr mangelhafte, der Boden
voller Schmutz und so glatt, daß man froh ist, wenn man der Nahe den
Händen gefehrt hat, ohne Veranlassung mit dem Boden und Schmutz
gemacht zu haben. Das Strafsystem ist nach wie vor in voller Blüte;
das schwarze Brett ist ständig mit Namen von Verurteilten geschmückt.
Niemals hat die Verwaltung mit dem Ausschuss beschlossen, daß ganze
Kameradschaften nicht mehr bestraft würden, trotz alledem werden diese
Verurteilungen nicht eingehalten. Rund 1000 Pf. Geldstrafen in
einem Jahre für die Verbandsleitung einer Zeche ist doch schon anstehen-
des Geld. Oft genug gehen Kameradschaften 8 bis 4, ja oft bis 8 Wagen
in einer Schicht verloren zum Nachfüllen der übrigen Wagen, gleich-
gültig, ob die Kameradschaften, denen die Wagen genommen werden,
Wagen zum Nachfüllen fürchten oder nicht. Eine größere Ungerecht-
igkeit kann man sich kaum denken. Schicksal vor Diebstahl der Arbeits-
sicht usw. ist nicht vorhanden. Der Verwaltung sind diese Zustände
bekannt. Wer aber von den Arbeitern dieselben beim rechten Namen
nennt, hat Aussicht, aufs Kaffee zu fliegen. So ist es den Kameraden
B. ergangen, der in der letzten Verbandsversammlung diese Zustände
kritisierte. Glaubt die Verwaltung etwa, dadurch der Kritik Einhalt
tun zu können?

Königreich Sachsen.

Lugauer Steinkohlenbauverein. Nicht eigentümliche Verhältnisse
existieren auf den Zechen des Lugauer Steinkohlenbauvereins. Dieses
Werk besteht aus drei Schächten, auf welchen Arbeitszeit und Arbeits-
bedingungen gleich sind. Da sollte man doch glauben, daß die Lohn-
verhältnisse sich auch gleich bleiben müßten; wer aber das glaubt,
schleht arg daneben. Auf dem Hoffnungsgracht haben die Arbeiter
jeden Monat 6 bis 10 Prozent weniger Durchschnittslohn. Wie uns
von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Arbeitsleistung
mindestens dieselbe wie auf den anderen Schächten, auch sind „tück-
liche“ Kräfte anwesend, die in Bezug auf Antreibereis Hervorragendes
leisten. Es ist die Meinung vertreten, daß diese Lohnunterschiede eine
Folge persönlicher Verhältnisse der maßgebenden Beamten zu sein
sollen. Wir können das nicht glauben, sind aber der Ansicht, daß alles
getan werden sollte, um solchen Meinungen den Boden zu entziehen.
Die Eingangszeit beginnt in der Nachtschicht 9½ Uhr abends; auf dem
Hoffnungsgracht wird meistens 20 Minuten vor dieser Zeit ange-
fangen und es ist hauptsächlich Steiger Werner im Drittel 1, der
sich darauf beruft, daß die Mannschaft möglichst zeitig herbeikommt.
Es sind das 160 mal 20 Minuten mehr Arbeitszeit, welche das Werk
dadurch gewinnt; diese längere Arbeitszeit steht in keinem Verhältnis
zum Durchschnittslohn. Im Baubetrieb auf dem Hoffnungsgracht
rechnet jeder Steiger den Durchschnittslohn nach eigenem Ermessen
regulieren zu können. Von einem Gehaltsnachschuß ist schon lange keine
Rede mehr. Steiger Jäger nimmt zum Monatslohn die Arbeit ab
und rechnet in der Kammer für jeden Arbeiter einen Lohn zusammen.
Dieser Beamte rechnet den Durchschnittslohn wieder um 6 bis 10
Prozent niedriger als in den anderen beiden Dritteln. Wir wollen
nicht annehmen, daß dieser Herr dies tut, um sich in bessere Wirt
zu setzen, er ist schon mehrmals im Vorantritt übersehen worden,
müßten aber auch hier um bringende Abhilfe bitten. Ein weiterer
Mißstand ist der Eisentransport in letzter Zeit; warum werden die
Eisenketten nicht direkt nach dem Hoffnungsgracht geliefert und den
Arbeitern dadurch der Transport erspart? Den organisierten Ar-
beitern ist die Agitation im Arbeitsverhältnis verboten; desto mehr
aber agitierten Beamte und Wagnismänner für die Werksbelegschaft,
genannt „Lohnstreue Knappen“. Die Beamten würden besser tun,
alle Arbeiter mit dem gleichen Maße zu behandeln.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Paulineuschacht, erste Abteilung (Nothenbach). Seit längerer Zeit
haben zwei junge Gauer in der ersten Abteilung das Präbital als
Probegauer erhalten. Nebenbei da, wo es dem Herrn Steiger beliebt,
nimmt er die betreffenden Gauer vor einem Ort weg und stellt die
Probegauer hin; selbige sollen dann zeigen, was eigentlich der Mensch
leisten kann. Einer dieser Probegauer geht mit der Devise vor seinen
Arbeitsort: „5 Mark oder kaput oder sterben!“ Diese Probegauer
wurden kürzlich auch in eine Arbeit verlegt, wo die Kohle billiger ge-
liefert, d. h. mehr geleistet werden sollte. Die Probegauer leisteten
auch mehr, aber sie dachten nicht an Verbauen. Die Kohlen wurden
überall weggerissen und geraubt, was zu rauben war. Die Arbeiter
des zweiten Drittels mußten erst reichlich sechs Stunden arbeiten, ehe
sie halbwegs das Ort so ziemlich versichert hatten. Posiert in solchen
Fällen ein Unglück, ist der Bergmann selbst schuld daran gewesen. Es
hat ja niemand was dagegen, wenn sich gewisse Leute als Probegauer
hergeben, aber der Steiger muß dieselben stets allein vor einem Ort
lassen, damit andere nicht gefährdet und benachteiligt werden. Wo
haben die zwei Probegauer aus dem fraglichen Arbeitsort die Schu-
bühne geholt? Trotzdem das Holz sehr hart steht, haben sie nicht
daran gedacht, sie haben vielmehr gedacht: 5 Mark oder sterben. Zu
bedauern ist nur, daß es Arbeiter gibt, die sich damit selbst erniedrigen.
Zu bemerken ist noch, daß das Gedinge in Flöz 2 sehr schlecht und ge-
fährlich ist. Trotzdem werden solche Experimente gemacht. Was sagt
dazu die Bergbehörde?

Saargebiet und Reichslande.

Schacht Josef und Elise. Am 18. Januar legte die Verbandsleitung
heute Schächte die Arbeit nieder. In diesem Tage sollte Lohnzahlung
stattfinden, doch hatte die Verbandsleitung die Meinung ohne die Meinungs-
beständige Schachtabgeheile gemacht. Eine Stunde, bevor die
Zahlung beginnen sollte, wurde den schon bereits fünf Stunden war-
tenden Arbeitern die Mitteilung, daß der Lohn erst am 22. Januar
gezahlt werden solle. Dieses schlug dem Faß den Boden aus. Die
Mittagschicht fuhr nicht an, ebenso die folgenden Schichten. Die
Nachtwachen, welche die zur Schicht kommenden von dem Vorgefallenen
in Kenntnis setzten, wurden von dem Steiger Zimmer und Jahrgauer
Schmidt auf das größte beleidigt und ein Arbeiter sogar auf öffent-
licher Straße mit Stöcken traktiert. Bezeichnend für die Zustände auf
diesem Werk ist, daß erst vor kurzer Zeit zwei Steiger wegen derartiger
Vergehen vom Amtsgericht Sennheim zu Geldstrafen verurteilt wurden.
Eine Versammlung am 17. Januar morgens nahm zu der Angelegen-
heit Stellung. Von Lohnforderungen wurde vorläufig Abstand ge-
nommen, da die Organisation noch zu schwach und zu jung ist. In
Anbetracht anderer Mängel wurde festgestellt, daß die Schachtab-
geheile den Arbeitern die vollen Kammerentfahrungen abgezogen
hat und noch darüber. Die 14tägigen vollen Beiträge betragen 86 Pf.
Den Arbeitern sind abgezogen worden pro Monat 1,92 Pf., einem
Arbeiter sogar 4,80 Pf., einem anderen für 12 Schichten 1,44 Pf.
und wieder einem anderen Arbeiter sind für 19 Schichten 5 Pf. Knapp-
schäftsbeiträge abgezogen, trotzdem diese nur monatlich 2,40 Pf.
betrugen. Auch sind für einen Teil der Verbandsleitung zu niedrige In-
validenbeiträge gezahlt worden, indem den Renten nur 24 Pf. Marten
gezahlt worden sind. Auch ist es den Arbeitern ein Mangel, wo die
vielen Strafgelder hinkommen. Ein Arbeiterausschuß besteht auf diesen
Schächten noch nicht. Der Direktor der Gewerkschaft erschien ebenfalls
in der Versammlung und erklärte, daß die Gewerkschaft den Lohn für
den Schachtbau bezahlen wolle, die Arbeiter sollten nur anfahren, was
auch nach der Lohnzahlung geschehen ist. Betreffs der anderen Mängel
sollten sich die Leute an die Schachtabgeheile wenden und
ist mit dieser das letzte Wort noch nicht gesprochen. Wären die Arbeiter
besser organisiert, dann wäre es unmöglich, daß man ihnen monatlang
zu hohe Beiträge abziehen könnte. An der Verbandsleitung liegt es nun,
auch den letzten Mann dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands
anzuführen, dann werden derartige Zustände nicht einziehen und wird
auch in der Lohnfrage ein anderes Wort geredet werden können.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

„Aber besonders nieder mit Que!“

Die Verbandsleitung, um nicht zu sagen die Arbeiter, hat einwilligen
den Gipfel erreicht. Ganz Deutschland, ja die ganze Kulturwelt steht
unter dem Eindruck der gewaltigen Volkskundgebung am 12. Jan. 1912.
Die politische Partei, der man mit einer Millionenflut von Druck-
schriften die Schandmarke des Vaterlandsverrats, der scholischen Ar-
beiterschädigung anheften wollte, vereinigte auf ihre Kandidaten
4½ Millionen Stimmen, rund eine Million mehr wie am 25. Januar
1907. „Sie ist niedergeritten!“ jubelten damals die Kurzschlitten und
Toren, weil der Arbeiterpartei 88 Mandate entziffen wurden. Am
12. Januar 1912 erhielt sie sofort 84 Mandate und kam 123 mal in
die Reichstagskammer. 4½ Millionen erwachsene Männer haben sich für die
Partei erklärt, der immer und immer wieder die größten Nieder-
trächtigkeiten vorgeworfen werden. Ob Freund oder Feind, wer auch
nur eines Empfindung hat für die ungeheure Bedeutung eines
solchen Volksprotestes, der wird ernstlich nachdenken über die
eigentlichen Ursachen der Volksabstimmung vom 12. Januar 1912. An
„Aufklärung“ über die „wahren Ziele der Umsturzpartei“ hat es doch
wirklich nicht gefehlt. Schauernd überblicken wir den riesenhaften
entsprechend Schmutzflugblätter gegen die „roten Volksverführer“. Wer
trotz dieser schauerlichen Verleumdungsschriften bing und sozial-
demokratisch wählt, der handelt sich in dem Bewußtsein, so schlimm
wie bisher gegen die Volksinteressen gesündigt wurde, könne auch der
„rote Umstürzler“ nicht handeln. 4½ Millionen erwachsene Männer
bestanden diese Bestimmung. Ein weithin leuchtendes Flammengleichnis.
Unsere lieben Freunde in der „Vergnappen“-redaktion sehen dies
Flammengleichnis nicht oder wollen es nicht sehen. Welches ist gleich be-
zeichnend für die Intelligenz der „schönen Opportunisten“. In einem
Augenblick, wo jeder ernstste Mann über die Lehren des 12. Januar
1912 nachdenkt, entdecken die Heberhellen am „Vergnappen“, daß —
die „Gächten“ auch heute „durchweg nicht breiter sind“ als 60 Zenti-
meter. Diese Entdeckung wird ohne Zweifel ebenso umwälzend wirken
wie die Entdeckung des Pulvers. Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen,
denn nun ist es heraus mit den „Gächten“. „Draus“, nämlich aus
dem Reichstag, muß nun aber auch der Que. Warum, das sagt uns
der „Vergnappe“ in folgenden Sätzen, die wir unseren Kameraden
zum Feiertagsgenuss unterbreiten.

Die Generalparole lautet: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“
Dies aber ist der Spezialbeschl:

„Insbesondere im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen. Dort steht
bekanntlich der geschäftliche und unehrliche Wegner unserer Bewegung,
Otto Que in Stichwahl. Was dieser uns angetan hat, ist bekannt.
Seit fast zwei Jahrzehnten hat er unsere Bewegung bekämpft, ver-
bott und beschimpft. Erst war ihm unsere Bewegung ein tot-
geborenes Kind. Dann verdächtigte er sie als ultramontane Grün-
dung, als Unternehmerrückzug, als Heuchelei. Zahl-
lang wurden die Mitglieder der Gewerkschaften in der von Que ge-
leiteten „Bergarbeiter-Zeitung“ in der ärgsten Weise als Heuch-
elei und rückwärtig beschimpft. Selbst dann, als der Streik von 1905
handgreiflich klar bewiesen hatte, daß berartige Bezeichnungen wahr-
heitswidrig und ungerechtfertigt waren, hörten sie nicht auf. Que
glückte planmäßig den heute im sozialdemokratischen Verbände herr-
schenden Geist des Hasses gegen die Christlichen, schuf dadurch eine
weitgehende Verbitterung und lierte die Arbeit für die wirtschaftliche
Besserstellung der Bergleute.“

Es gilt jetzt, diesem Wegner unserer Bewegung die argen Be-
schimpfungen und seine Schädigung der Arbeiter heimgzuerufen. Das
ist eine Ehrenfrage für jeden christlichen Gewerkschaftler. Weibe
deshalb keiner von der Wahl zurück! Jeder sei ein Agitator gegen
unseren Wegner!

Nieder mit jedem Sozialdemokraten!

Aber besonders nieder mit Que!

So, nun haben die Armen ausgelitten. Was seit der allgemeinen
Knappschäftsabstimmung 1910 öffentliches Geheimnis ist, was trotzdem
immer wieder abgegriffen wurde, nun ist es bekannt. Unsere
lieben Freunde vom „Vergnappen“ haben sich mit
den Zechenpartei-sekretären Schad-Bochum und Ge-
nosse verabredet zum „Sturz“ des „Ulubels“. Keinem
Arbeiter, der in den letzten Jahren die Augen offengestanden hat, bringt
die „Vergnappen“-Parole eine Überraschung. Schächens kann man
erstmal sein über die unerwartete Geschicklichkeit, mit der der Zechen-
partei-sekretär Hans Schad-Bochum die überflügen „Vergnappen“-
Strategen aufs Glatteis geführt hat. Von dem blindwütigen Haß
der Angehörigen war vieles zu erwarten, aber daß sie sich sogar
verleiten ließen, Parole für einen Schwann auszugeben,
der gewerkschaftlich absolut unangenehm ist, für
einen Mann, der als gelber Zechenkandidat die Ge-
werkschaftskandidaten noch bei der nächsten Wahl
und Sicherheitsmännerwahl heftig bekämpfte, das
ist doch anstößig. Für Schwann sehen die Zechen- und Hütten-
besitzer alle Hebel in Bewegung. Sie haben ihn schon durch Unter-
brechung der Zechnenarbeiter zum Stadtverordneten gemacht, er hat
mit gelber Unterstützung bei den Sicherheitsmännerwahlen für die
Zeche kandidiert. Ueber die Hoffnung der Gelben, einstens das
Geist in Händen zu bekommen, schrieb der „Vergnappe“ vom 25. No-
vember 1911:

„Diese Hoffnung wird vergebens sein, solange die Gelben
„nationalen“ oder „vaterländischen“ Vereine an ihrer unnatürlichen
Aufgabe festhalten, die Interessen des Unternehmertums gegen auf-
wärtsstrebende Arbeiter zu vertreten, sich von kapitalistischen Auf-
traggebern gegen die eigenen Standesinteressen mißbrauchen lassen.“

Jetzt gibt derselbe „Vergnappe“ Parole aus für einen Mann,
dessen Bestimmungswort mit den Gelben erwiesen ist, wenn
er auch der Form halber sich in die Gewerkschaftsliste eintragen ließ,
um für die Reichstagswahl als „christlich-national organisierter Ar-
beiter“ aufgezogen werden zu können.

Sicherlich gibt es im Bochum-Gelsenkirchener Bezirk genug alte
Gewerkschaftsmitglieder, die ihrer Organisation schon gute Dienste ge-
leistet haben, Kameraden, die man trotz gegenwärtiger Ansichten als
opferwillige Arbeitervertreter respektieren muß. Wenn ein solcher
Mann kandidierte, dann würde die Parole des „Vergnappen“ selbst-
verständlich sein. Aber man hat ausgerechnet den in seiner ganzen
sozialpolitischen Auffassung vom Zechenherrschaften und punkte be-
einflussten Herrn Schwann ausgesucht, und für diesen tritt der „Verg-
nappe“ ein, für diesen überläßt geistig beschränkter Mann legen sich
Zmbusch, Hüskes, Schneider persönlich ins Zeug. Wohl
bekommt!

Der „Vergnappe“ spielt den Enttäuschten, weil der Ausdruck
„Zechnengewerkschaft“ geprägt worden ist. Wann denn? Als Bruch
1904 ein Bündnis mit den „mächtigen“ Zechnenältesten abschloß, statt
sich mit dem Verband zu verhandeln. Als deshalb die erste schwere
Niederlage der Gewerkschaften eintrat, da haben ja die Z-
busch und Genossen selber den Bruch wegen seines
gegenfremdlichen Verhaltens heftig angegriffen!
Zmbusch hat ja später sogar geschrieben, Bruch solle
lieber Unternehmerangestellter werden, dafür
eigne er sich! Dagegen hat Que immer wieder seinen Einfluss
für das Zusammengehen der Verbände eingesetzt. Mit
Erfolg für die Arbeiter. 1899 bei der Knappschäftsabstimmung, 1900
bei der Berggewerkschaftswahl. 1905 ist bekanntlich auf Antrag
Que's die gemeinschaftliche Kommission der vier Verbände
beschlossen worden. 1905 arbeitete Que auf dem Berliner Kongress
gemeinschaftlich mit Köster, Effert, Kühme. Im selben Jahre be-
wirkten Que und Schacht in London die Anerkennung der Gewerks-
vereinsbelegierten Effert, Zmbusch und Steger auf dem internationalen
Bergarbeiterkongress, 1906 dasselbe in Salzburg. 1907 geschah das
erfolgreiche Zusammengehen der Verbände- und Gewerksvereinsältesten
bei der Beschlußfassung über das neue Knappschäftsstatut. Immer
wieder war es Que, der allen Beschimpfungen zum
Trotz seine Verbände Kameraden betrug, um der Ar-

Interessieren wollen der Gewerkschaften die Hand zur Verständigung zu reichen! Das wissen alle Vertrauensleute unseres Verbandes, das wissen aber auch die Leute vom „Vergnappen“. Nicht die Verbandsleitung, sondern die Gewerkschaftsführer haben wiederholt die Verständigung mit den anderen Vergarbeiterorganisationen abgelehnt. Das ist die Wahrheit! Die erneute Fäufung von Schimpfplakaten im „Vergnappen“ gegen Sue soll nur den Panikmiasmus der falsch Unterzeichneten auflockern. Den Schaden tragen die Arbeiter.

Wir können ruhigen Gemüts die weitere Entwicklung abwarten. Wenn unsere guten Freunde am „Vergnappen“ glauben, mit ihrer Parole: „Besonders nieder mit Sue!“ würden sie dem Vergarbeiterverbande auch nur den geringsten Schaden zufügen, so sind sie wieder mal schief gewickelt. Zunächst ist unser Kamerad Sasse, gegen den man alle gelben „reichstreu“ Minen springen ließ, sofort wieder glänzend in den Reichstag gewählt worden! Wenn Sue wirklich „heraus“ käme, dann ist doch Hermann Sasse „drin“ und zu ihm gesellen sich ein paar tüchtig zuverlässiger Arbeitervertreter mehr als im verflochtenen Reichstag. Sue aber, wird er diesmal nicht gewählt, bezweifle ich. Dann die Zeit, um sich wieder gegen den gewerkschaftlichen Arbeit zu widmen! Das wird unsere Freunde am „Vergnappen“ gewiß erfreuen. Das Anschwellen der für Sue am 12. Januar abgegebenen Stimmen von 42 000 auf 58 000 ist eine Vertrauensübung, wie sie keiner der „Vergnappen“-Freunde aufweisen kann. Ueberhaupt ist das gewaltige Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen im Ruhrkohlengebiet, vor allen Dingen in den Vergarbeiterorten ein Beweis dafür, daß die „schlaue opportunistische Politik“ des „Vergnappen“ immer mehr Schiffbruch erleidet. Daran änderte auch ein „Sieg“ des Reichstagskandidaten nicht das geringste. Dieser „Sieg“ würde genau dem „Sieg“ gleichen, der 1907 über die „Reichstagskandidaten“ erfochten worden ist.

Also nur guten Muts ihr „schlaue opportunistischen Politiker“ am „Vergnappen“, nur feste drauf los für den gelben Reichstagskandidaten. Ihr habt August Brühl gestützt, weil er durch sein Uebereinkommen mit den Reichstagskandidaten den Gewerkschaften verfahren hatte. Ihr aber seid emsig dabei, ihn in den tiefsten Graben zu stürzen. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich!

Für einen Streikbrecher!

Söber hinauf geht's nicht! Auf eine Anzuspung der „Wähler-Zeitung“ des Bochumer „Volksblattes“ kam am 12. Januar das nationalliberale Generalsekretariat mit der Sprache heraus und teilte in einem mit aus dem „Vergnappen“ entlehnten wüsten Schimpfplakat gegen Sue folgenden Flugblatt „so nebenbei“ mit, daß der

nat.-lib. Kandidat Bergmann Sedmann 1905 Streikbruch verübt hat!

Verlegen wird hinzugefügt, Sedmann sei dem Aufruf seiner „Organisation“ gefolgt, er habe also „Disziplin“ geübt. Auch das noch!

Die in Betracht kommende „Organisation“ ist nämlich der Quandel-Frankensche „Arbeiterbund“, eine konfessionelle Sonderorganisation ohne irgendwelchen gewerkschaftlichen Charakter. Gerade so gut wie dieser „Arbeiterbund“ hätte jeder Rauch- und Kegelsklub „Parole“ ausgeben können. Der „Arbeiterbund“ hat 1905 versucht, durch ein massenhaft verbreitetes

Flugblatt mit der Aufforderung zum Streikbruch die Reihen der kämpfenden Kameraden zu durchbrechen!

Ueber die Handlungsweise des Quandel-Frankenschen „Arbeiterbundes“ schrieb der „Vergnapper“ vom 18. Februar 1905:

„Der Ausschluß des evangelischen Arbeiterbundes hat eine zweifelhafte Rolle gespielt... Je länger der Streik anhält, desto mehr neigte er zum Vergnappen hin... In Flugzetteln wurde den Vergleuten durch die Stimme geraten, Streikbrecher zu werden. Das christliche Gewerkschaftsblatt Bochum erließ gegen die Freirufungen des evangelischen Arbeiterbundes ein Flugblatt unter dem Titel: „Quandel-Frankens Lügen.“

Nun erzählt das zehnparteilige Flugblatt selbst, der Bergmann Karl Sedmann habe zu den Leuten gehört, die sich bestimmen ließen, wie der „Vergnapper“ schrieb, „Streikbrecher zu werden“. Er befahl also sein Gefäß dafür, daß er zu seinen kämpfenden Arbeitsbrüdern halten mußte.

Diese von jedem ehrlich für die Verbesserung der Vergarbeiterverhältnisse strebenden Kameraden verurteilte Tat des nunmehrigen zehnparteiligen Reichstagskandidaten wurde, wie gesagt, bereits am Samstag, den 20. Januar, öffentlich bekannt. Jeder Gewerkschaftler wußte nun, woran er war. Trotzdem haben am Sonntag, den 21. Januar, eine ganze Reihe Zentrumsamerade in Bochum, darunter laut Ankündigung Hülkes, Fiege, Schneider, Effert, Jansen, in öffentlichen Versammlungen für die Wahl Sedmanns gesprochen. Nach dem Bericht der „Kattlinger Zeitung“ hat Effert sogar gesagt, Sedmann sei kein Streikbrecher. Wie sich Menschen wandeln können! Johann Effert selbst hat 1905 die Herausgabe des Streikbrecherflugblattes eine niederträchtige Tat genannt und Franz Hülkes erklärte in einer großen Streikversammlung in Heddillinghausen, wo er mit Sue zusammen referierte, wer der Aufforderung des Flugblattes folge, begehe einen Streikbruch! Heute empfehlen die Herren Effert und Genossen die Wahl eines Mannes, über dessen Hintermänner Joh. Effert im „Vergnappen“ vom 4. Februar 1905 schrieb:

„Die Unternehmer- und Scharfmacherpresse spielt in dem jetzigen gerechten Kampfe der Vergarbeiter eine ungemein traurige, ja geradezu klägliche Rolle... Gerade die unerfüllten Profitmenschen sind es, die einen so folgenschweren Ausbruch herbeigeführt haben. Sie wußten es, daß ein ungeheurer Währungssturz bevorstand, und dennoch spielten sie freventlicherweise mit dem Feuer, indem sie sich mit ihrem Großmachtsgefühl auf den schaff ablehenden Standpunkt stellten.“

Auf die Bemerkungen der Reichspresse zu der Spende des Kölner Erzbischofs für die Familien der Streikenden antwortete der „Vergnapper“ am 4. Februar 1905 u. a. mit folgenden Kraftworten:

„Wütender Ausbruch einer traurigen Seele“, „Traurige Anwürfe“, „Gemeine Anrempelung“.

Nun unterstützen die betreffenden Gewerkschaftssekretäre den Kandidaten der „unerfüllten Profitmenschen“, der „gemeinen Anrempelung“. Wohl bekomme!

Erhält dieser allen gewerkschaftlichen Grundätzen im Geiste schlagende blinde Wille persönliche Satz die ersuchte „Befriedigung“, dann wird der Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen durch einen Mann im Reichstag „repräsentiert“, von dem das eigene Parteiflugblatt eingeleitet, daß er Streikbruch verübt. Ein solcher „Arbeitervertreter“ sah bisher noch nicht im Reichstag. Wird diese Blamage der Arbeiterkraft aufgeführt, dann gratulieren wir dazu ohne Reib den „Siege“, die in Wahrheit die Besiegten sind.

Unsere Kameraden aber erlauben wir dringend, sich durch das blinde Wüten der Sakerfüllen nicht zu Ungerechtigkeiten gegen die Arbeitskameraden im Gewerkschaftsbereich hinreißen zu lassen. Und sind viele mündliche und schriftliche Mitteilungen aus Kameradenkreisen zugegangen, wonach sich in einer Reihe von Orten zahlreiche Gewerkschaftskameraden scharf beurteilend gegen das Auftreten ihrer Angestellten ausgesprochen haben! Die Gewerkschaftskameraden sind noch längst nicht alle mit der Agitation für Sedmann einverstanden! Es würde daher Unrecht getan, wenn wir die Gewerkschaftskameraden auf eine Stufe mit den Sedmannern stellten.

Kameraden, unsere Parole ist und bleibt: Wir müssen sein ein einzig Volk von Arbeitsbrüdern!

„Christliche“ Unduldsamkeit in Heddillinghausen.

„Eines der schwächsten und erbärmlichsten Mittel, den Gegner zu bekämpfen, ist, ihm die Töte abzutreiben.“

Abg. Giesberts in einer Versammlung in Bochum am 17. August 1907.

Dieses schwächste und erbärmlichste Mittel aber bringen die Anhänger des Herrn Giesberts überall zur Anwendung, wo sie die Macht dazu haben. Das haben unsere Kameraden in den schwarzen Revieren überall erfahren müssen und erfahren es noch täglich. So war es früher, so ist es auch heute noch. Nur dort, wo sich unsere Kameraden infolge ihrer Zahl und Geschlossenheit Achtung zu verschaffen wußten, ist es anders geworden.

Wie in die jüngste Zeit war Heddillinghausen eine Hochburg des Zentrumsgewerkschafts. Die „Christen“ wandten hier dieselben Mittel an, wie anderswo, um unseren Verband in seiner Entwicklung zu hindern. Kein Lokal stand unseren Verbandskameraden in ganz Heddillinghausen bis in die jüngste Zeit zur Verfügung. Dank der Energie und Umsicht unserer Kameraden ging es aber trotzdem vorwärts, während die „Christen“ immer mehr den Krebsgang gingen. Durch ihre Unduldsamkeit und ihren Terrorismus haben sie sich abgewirtschaftet. Heute ist aus der ehemaligen Gewerkschaftshochburg eine Verbandshochburg geworden. Bei der letzten Anknappschäftsstellenwahl gingen die „Christen“ völlig leer aus, alle drei Mandate fielen unserem Verband zu. Das hat selbstverständlich den Satz dieser Leute, die sich fälschlich Christen nennen, die Grundsätze des Christentums aber durch ihr ganzes Verhalten mit Füßen treten, noch mehr entflammt und sie versuchen alles, die verlorene Position wieder zu gewinnen. Allerdings ein vergebliches Bemühen.

Trotz aller Schwierigkeiten ist es unseren Kameraden nun auch gelungen, ein schönes Lokal zu Versammlungszwecken zu erhalten und zwar beim Wirt Emil Jüng. Eine neue Möglichkeit, für unsere Bewegung noch besser wie bisher werden zu können, ist uns damit gegeben. So wie wir unsere Kameraden in Heddillinghausen kennen, sind wir überzeugt, daß sie diese Möglichkeit nach Kräften ausnützen werden.

Aber auch den Wirt gilt es zu unterstützen, der den Wirt besaß, alle Gäste mit dem gleichen Entgegenkommen zu behandeln. Den übrigen Wirten sind die Arbeitergroßen auch sehr willkommen, aber die Arbeiter nicht. Allerdings haben sie auch für den Arbeiter, der ihnen seine Großen bringt, ein höfliches Wort, ein freundliches Lächeln. Aber das ist auch alles. Sobald die Arbeiter ein Lokal zu einer Versammlung haben wollen, um über die Interessen zu beraten, gibt es allgemein ein bedauerndes Aufschauen. Die Arbeiter aber müssen hier mit gleicher Münze heimzahlen. Keiner darf in einem Lokal verkehren, das uns zu Versammlungszwecken nicht offensteht. Nur dort dürfen unsere Kameraden verkehren, wo der Wirt seine Arbeiterfreundlichkeit nicht mit Worten, sondern durch die Tat beweist. Das tut in Heddillinghausen nur der Wirt Emil Jüng und darum müssen es sich unsere Kameraden zur Pflicht machen, nur bei ihm zu verkehren.

„Neutralität“ des Zentrumsameradevereins.

Der Zentrumsameradeverein ist neutral, behaupten seine Führer; wer es bezweifelt, der lese nur den „Vergnapper“. Dieser gibt, besonders jetzt, so starke Proben seiner „Neutralität“, daß selbst ein Nihilist davon überzeugt werden muß. Ebenso „neutral“ wird auch in den Domänen des Zentrumsameradevereins verfahren. Fast allgemein wird nach dem Rezept verfahren: „Und wußt du nicht mein Eruber sein, schlag ich dir den Schädel ein!“ Dafür ein Beispiel aus Vortrop:

Der Anknappschäftsstelle Werner & Co. Ortsverwaltungsmitglied des Zentrumsameradevereins in Vortrop, ließ sich bei der letzten Gemeinderatswahl im November 1911 von der Bürgerpartei als Kandidat aufstellen. Diese Partei arbeitete gegen das Zentrum. In der nächsten Vertrauensmännerkonferenz des Zentrumsameradevereins, welche in Kirchellen anfangs Dezember 1911 stattfand, wurde Werner heftig angegriffen. Besonders der Rechtschuttsbeamt des Zentrumsameradevereins, Weelen in Vortrop, kapitulierte ihm gründlich ab, weil er sich damit gegen das Zentrum gewandt habe. Das Wort zur Rechtfertigung wurde ihm anfangs verweigert, nachher erhielt er jedoch das selbe. Als er, die „Neutralität“ des Zentrumsameradevereins betonend, ausführte, er könne doch in dieser Hinsicht machen, was er wolle, wurde er niedergeböhlt, wie er es noch in keiner gegnerischen Versammlung erlebt habe. Das bestätigte Werner selbst. Am anderen Tage sagte der Vorsitzende Lauch nicht des Zentrumsameradevereins zu W.: „Du wirst nächsten nicht wieder als Vorkandidat bei uns aufgestellt.“

So sieht die Neutralität des Zentrumsameradevereins bei Näre betrachtet aus!

Der Streik auf Gläuf-Segen vor dem Landgericht.

Der Streik auf Gläuf-Segen hatte am 10. Januar ein Nachspiel vor dem Landgericht in Dortmund. Als die Arbeiter sich die einstellige Einführung des doppelten Nummernsystems nicht gefallen ließen und nach fruchtlosen Verhandlungen die Arbeit niederlegten, hielt die Zeche sechs Schichten vom Lohn fest. Die Arbeiter hielten entgegengelehrt die Zeche für kontraktbrüchig, weil sie in der einstelligen Einführung eine wesentliche Verringerung des Arbeitsvertrages erblickten. Das Vergewaltigungsgericht, das zur Entscheidung angerufen wurde, sah nur eine „Ordnungsmaßregel“ in dem Vorgehen der Zeche und wies die Arbeiter ab. Das Landgericht hat am 10. Januar die gegen das Urteil des Vergewaltigungsgerichts eingelegte Berufung verworfen, da es dem Vorgericht in der Würdigung der doppelten Wagen-Nummern beirrat.

Böswillige Verdächtigungen unseres Verbandes.

In Nr. 1 der „Vergarbeiter-Zeitung“ vom 6. Januar 1912 bringen Sie unter dem Stichwort: „Böswillige Verdächtigungen gegen unseren Verband“ eine Notiz, die den Tatsachen nicht entspricht. Ich fordere Sie deshalb unter Berufung auf den § 11 des Reichspressgesetzes auf, in der nächsten Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ folgende Verdächtigung zu bringen:

Es ist unwahr, daß ich behauptet habe, der Vorstand bzw. ich hätten ein Plakat an die Arbeiteranschläge geklebt, worin gesagt sei, die Ausschussmitglieder sollten bei der Verteilung von Unterstützung

hauptsächlich nur Verbandsmitglieder berücksichtigen und die anderen ausschließen.

Wahr ist vielmehr, daß ich gesagt habe, ein Verbandsmitglied habe nach einem Gespräch mit mir gesagt, ich solle mir ein Verzeichnis der Verbandsmitglieder dieser Schichtanlage beschaffen, damit ich einen Verbandsbild hätte bezu. denselben in einer Linie etwas zusammen lassen könne.

Ausgabe Oehl, Ausschussmitglied der Zeche Emmer III. Wir haben keine Urliste, an den Angaben unseres Gewährsmannes zu zweifeln. Wir ersuchen ihn, sich hierzu zu äußern.

Unzufriedenheit im Anknappschäfts-Gewerkschaftsheim Volmarstein.

In der Anstalt macht sich seit einiger Zeit eine hochgradige Erregung bemerkbar über mehrere von der Verwaltung getroffene Maßnahmen. Gründe hierfür sind gewisse Sparmaßnahmen sowie auch die Behandlung der Pfleger und Angehörigen durch die Anstaltsverwaltung. Diese Erregung sucht die Verwaltung zu bekämpfen durch Strafbefehle Entlassungen nicht nur von Pfleglingen, sondern auch von Angehörigen. Andere Angehörige haben sich entschlossen, selbst zu kündigen und zu gehen.

Künftig wurde ein Pfleger strafweise entlassen, weil er Unterschriften unter eine Beschwerdebildung bei den übrigen Pfleglingen gesammelt hatte, dieses ist in den Augen der Anstaltsleitung „Aufhebung“ und „Aufhebung“. Dasselbe Schicksal traf den Angehörigen W., der sich eines ähnlichen „Verbrechens“ schuldig gemacht haben sollte. Pfleger und Personal beklagen sich hauptsächlich über ungenügende und nicht einwandfreie Kost. Besonders hat es den Unmut der Vertriebenen erregt, daß seit einiger Zeit keine Naturbutter, sondern nur Margarine verabreicht wird. Die Unzufriedenheit hierüber ist u. G. berechtigt. Es gibt eine große Anzahl Leute, welche die Margarine nicht mögen und einen unüberwindlichen Widerwillen dagegen empfinden. Diese essen eher trockenes Brot, als daß sie sich das selbe mit Margarine befeuchten. Erhalten sie mit Margarine befeuchtete „Butterbrot“, dann essen sie auch das Brot nicht mehr. Das ist aber eine sehr verkehrte Sparsamkeit, die den Anknappschäftsverein nicht nützt und den Mitgliedern schadet. Außerdem haben die Kranken Mitglieder ein Recht zu verlangen, daß ihnen gute Naturwaren, aber keine Surrogate verabreicht werden.

Den Angehörigen werden außerdem 80 Mk. Kostgeld pro Monat aufs Gehalt angerechnet und dafür dürfen sie u. G. auch gute Butter verlangen. Wenn sich aber gegen die Aufzwingung von Margarine bei Pfleglingen und Personal Unzufriedenheit bemerkbar macht, dann soll diese durch drastische Strafmaßnahmen eingedämmt und die Opponenten eingeschüchtert werden. Besser wäre, der Grund zur Unzufriedenheit würde abgestellt.

Aber auch über das sonstige Essen wird seitens der Pfleger viel Klage geführt, es dürfte sich daher empfehlen, daß seitens der beruflichen Personen auf Volmarstein einmal nach dem Mechten gefehen wird. Wir hoffen, daß dieses recht bald geschieht, wir müssen daher für heute von einer weiteren Behandlung der Angelegenheit absehen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Vergewaltigungsgerichtswahl im Wurmrevier.

Bei der Vergewaltigungsgerichtswahl am 13. Januar 1912 wurden auf den Zechen in Heddillinghausen, Wülfrath und Alsdorf die Kandidaten des Zentrumsameradevereins gewählt. Bei der letzten Wahl auf denselben Zechen erhielt der Zentrumsameradeverein 1678 Stimmen, der Vergewaltigungsverband 852 Stimmen. Bei der jetzigen Wahl erhielt der Zentrumsameradeverein 1928 und der Vergewaltigungsverband 980 Stimmen. Gegenüber der vorigen Wahl wurden Stimmen mehr abgegeben für den Zentrumsameradeverein 80 und für den Vergewaltigungsverband 298. Die Steigerung der Stimmen betrug beim Vergewaltigungsverband das Sechsfache wie beim Zentrumsameradeverein. Der Vergewaltigungsverband hatte vor der Wahl ein schändliches Flugblatt herausgegeben, in dem auch mit keinem Wort der Zentrumsameradeverein erwähnt wurde. Letzterer konnte das Unannehmliche der Vergewaltiger auch diesmal nicht unterlassen. Als Flugblatt gab er ein Sammelheft von Zitaten — die selbstverständlich verstümmelt und gefälscht waren — heraus über Weibel, Dr. Erdmann und die „Rheinische Zeitung“. Auch die Religion wurde mißbraucht, um die Wahl der Kandidaten des Vergewaltigungsverbandes zu hintertreiben. Trotz alledem erhielt der Vergewaltigungsverband in Heddillinghausen 978, der Zentrumsameradeverein nur 145 Stimmen. Das Ergebnis, das dem Zentrumsameradeverein im Wurmrevier und auch schon in Eschweiler befohlen, wird ihn auch im Wurmrevier treffen.

Kampfesweise des Zentrumsameradevereins im Wurmrevier.

Der Zentrumsameradeverein greift in der Bekämpfung des Vergewaltigungsverbandes im Wurmrevier zu den klügsten Mitteln, wie sie sonst nur bei Matzbasen üblich sind. So wird in einer Notiz des „Volksfreund“, Wachen, vom 8. Januar behauptet, unser Verbandskamerad V. habe in einer Verlegungsversammlung für Nordstern gesagt, er sei vor den Arbeitern auf Nordstern seinen Arbeitslohn in seinen Kleidern nicht sicher und wenn er nicht vor der Arbeit sei, so arbeite die Kameradschaft nicht. Diese Behauptung hat der Zentrumsameradevereinsführer Garisch sich aus den Fingern gelogen.

Mitte November war infolge Wasserdruckbruchs auf Zeche Nordstern auf der 350 Meter-Sohle der Betrieb eingestellt worden. Die Zechenverwaltung glaubte, binnen einigen Tagen den vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Aus diesem Grunde wurde bekannt gegeben, daß die Arbeiter für die ausgefallene Schicht mit 6 Mk. entschädigt würden. Da die Aufnahme des Betriebes aber länger, wie vorgesehen, dauerte, wurden die Arbeiter nachträglich entlassen. Späterhin ist der Betrieb wieder aufgenommen, aber wiederum, da das Wasser erneut nicht zu bewältigen war, eingestellt worden und die Arbeiter konnten sich zum zweitenmal andere Arbeit suchen. Am 19. November v. J. berief nun der Zentrumsameradeverein eine Verlegungsversammlung nach Vergewaltigungsrat ein, um sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Wider Erwarten hatten sich auch mehrere Verbandsmitglieder eingefunden. Garisch und Vandenbarg abgeordnet zum Besuch leiteten die Versammlung. Ein Verlegungsmitglied wurde in das Bureau nicht mit hineingelassen. Ein Ausschussmitglied (der Ausschuss besteht aus Angehörigen des Gewerkschafts) verlas die Abschriften der Protokolle über die Ausschüttungen mit der Zechenverwaltung. Darin wurde viel versprochen und erwogen, wovon in der Praxis die Arbeiter aber wenig merkten.

Kamerad V. geistelte die Zustände auf Nordstern. Er belegte seine Ausführungen mit Tatsachenmaterial. Das vom Ausschuss berichtete Entgegenkommen der Verwaltung hätte auf das eigentliche Arbeitsverhältnis nur wenig Bezug. Das Strafwesen sei fast unerträglich. Das Leistungsgebot ruiniere die Arbeiterkraft vollständig. Es schaffe Zustände, die den Arbeitern nicht mal erlauben, ihr Butterbrot in Ruhe zu verzehren. Der Werkverwalter sei es in der Hauptsache darum zu tun, daß Kohlen und wiederum Kohlen gefördert würden. Der Wasseranbruch, wodurch die Betriebsleistung der 350 Meter-Sohle notwendig geworden sei, sei eine Folge des auf Nordstern herrschenden Systems. Daß die Verwaltung den feindlichen Arbeiter einen Teil des Lohnausfalles ersche, liege im Interesse der Zeche selbst, um sich die Arbeitskräfte zu sichern, sobald der Betrieb wieder aufgenommen werden könne. Es treffe nicht zu, wie der Ausschuss berichtet, daß die Lohnzahlung geregelter und besser von staten gehe, die diesbezüglich erhobenen Klagen der Vergewaltiger seien auch jetzt noch berechtigt. Daß die Arbeiter ihren Lohn nicht ungewaschen in Empfang nehmen könnten, sei notwendig, aber es werde nicht eingehalten. Würde dies eingehalten, dann würde es nicht — wie schon passiert — vorkommen, daß Kameraden, während sie sich waschen, der Lohn aus den Kleidern gestohlen würde. An den traurigen Zuständen auf Nordstern trügen die Unorganisierten ein Teil Schuld.

Diese Ausführungen machte V. unter allgemeiner Zustimmung der Versammlungsteilnehmer, meist Mitglieder des Gewerkschafts. Gewerkschaftsmitglieder haben sich nach der Versammlung nur lobend über die Ausführungen des Kameraden V. ausgesprochen und es entschieden verurteilt, daß die Bezirksleitung des Gewerkschafts mit keinem Worte die traurigen Zustände auf Nordstern verurteilt habe. Garisch habe nur Worte, wenn er auf den Verband schimpfen könne. Dafür, daß Kamerad V. die Interessen der Verlegungsarbeit in der Verlegungsversammlung vertreten, erhielt er anderen Tages seine Entlassung auf Nordstern. Hiermit ist Herr Garisch, wie es scheint, noch nicht zufrieden; ohne jegliche Veranlassung wird er in der Zentrumsameradepresse heruntergerufen.

Dem Wurmrevier „Volksfreund“ ist vom Kameraden V. eine Verdächtigung zugegangen, worin es heißt:

